



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

## Salz in die Wunden: Wie einige Staaten die Schwäche Libanons für eigene Interessen ausnutzen

von Karin Leukefeld, Bonn und Damaskus

Die Explosion in Beirut am 4. August 2020 hat mehr als 200 Menschen getötet, Tausende wurden verletzt, Hunderte gelten noch immer als vermisst, und Zehntausende haben ihre Wohnungen und Häuser, ihre Geschäfte und ihren Lebensunterhalt verloren. Noch mehr haben durch die gewaltige Druckwelle teilweise schwere Schäden an und in ihren Häusern und Wohnungen zu verkraften, nur die wenigsten haben das Geld für die notwendigen Reparaturen.

Seit Herbst 2019 befindet sich die libanesische Wirtschaft auf Talfahrt und reisst das libanesische Pfund mit sich in die Tiefe. Diese Entwicklung ist auf jahrzehntelange Misswirtschaft und Korruption der herrschenden Clan-Eliten zurückzuführen. Hinzu kommen die sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen und Sanktionen im Wirtschafts- und Finanzsektor Libanons, mit denen die Europäische Union und die USA Syrien isolieren und politisch brechen wollen. Sie treffen Libanon und alle Staaten der Region, die wirtschaftlich eng mit dem Land verflochten sind.

Viele Libanesen haben ihre Arbeit und ihre Ersparnisse schon vor der Explosion im Hafen von Beirut verloren. Zehntausende wissen nicht, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollen. Seit März leidet Libanon unter steigenden Zahlen an Corona-Infektionen. Das Land wurde einem strengen Lockdown unterworfen, Schulen und Universitäten, Geschäfte, Firmen, Handwerksbetriebe mussten schliessen. Der Flughafen von Beirut – neben dem Hafen von Beirut das zweite Tor zur Welt für den Zedernstaat – blieb drei Monate geschlossen. Das Gesundheitssystem war schon vor den Explosionen im Hafen von



Beirut vor der Explosion. Links im Bild ist die betroffene Lagerhalle zu erkennen. (Bild zvg)

«Mit der Explosion im Hafen von Beirut ist Libanon unter einer schweren Last zusammengebrochen. Doch statt zu helfen und dem Land Spielraum für einen Neuanfang zu verschaffen, wird nachgetreten. Was die Regierungen in Paris, Berlin und Washington über die Medien als «Hilfsbereitschaft» und «Solidarität» verkaufen, ist nicht mehr als Salz, das Libanon in seine offenen Wunden gestreut wird.»

Beirut am Limit, und nun müssen die Kliniken mit noch mehr Opfern klarkommen.

Betroffen sind neben den Libanesen mehr als eine Million syrische Flüchtlinge, von denen bei der Hafexplosion allein 40 ihr Leben verloren. Hinzu kommen palästinensische Flüchtlinge, die seit diversen Kriegen und ihrer Vertreibung 1948, 1967 und 1973 in der Levante, dem östlichen Mittelmeerraum, auf der Suche nach Schutz umherirren. Die UN-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge UNRWA spricht von offiziell 200 000 Palästinensern, die sie in Libanon versorgt. Tatsächlich dürfte die Zahl bei um die 500 000 liegen, wenn die Palästinenser hinzugerechnet werden, die 2003 aus dem Irak flohen, als die US-Truppen einmarschierten. Und jene, die 2012 aus Syrien flohen, als die Dschihadisten, die die Regierung in Damaskus stürzen wollten, auch vor den palästinensischen Lagern in Jarmuk, bei Daraa, Aleppo und an anderen Orten nicht haltmachten.

Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise in Libanon wird von einer massiven politischen Krise begleitet, die zu gesellschaftlichen Verwerfungen führt und Lagerbildung erzeugt. Das wiederum führt zu Misstrauen, Konkurrenz und Machtkämpfen.

### Internationale Untersuchung als Druckmittel

Die Feuer im Hafen von Beirut waren noch nicht gelöscht und noch nicht alle Toten geborgen, da forderten *Amnesty International* und *Human Rights Watch* eine internationale Untersuchung der Explosionen. Die Protestbewegung griff die Forderung auf, und rasch taten sich die alten Fronten wieder auf. Die alten Eliten und Clans, von Christen über Drusen bis zu Muslimen, übernahmen die Forderung der westlichen Menschenrechtsagenturen und wandten sich hilflos an ihre Sponsoren in Frankreich, Deutschland und den USA.

Der amtierende Ministerpräsident *Hassan Diab* und Präsident *Michel Aoun* wiesen eine internationale Einmischung zurück und kündigten an, dass Libanon um Unterstützung

bitte, aber selbst einen Untersuchungsbericht vorlegen werde.

Die Antwort der «Strasse» erfolgte prompt: Ministerien wurden gestürmt, Galgen aufgestellt und Politiker dort symbolisch aufgehängt. Die Regierung erklärte ihren Rücktritt und kündigte Neuwahlen an, die gewalttätigen Demonstranten forderten den kompletten Umsturz und – wie Amnesty und Human Rights Watch – eine internationale Untersuchung, wer die Explosionen zu verantworten habe.

Der auf Videos zu verfolgende Ablauf zeigte zunächst eine Rauchsäule über dem Hafen, die auf einen Brand unweit des markanten grossen Getreidesilos hinwies. Funken blitzten auf, viele dachten an Munition oder Feuerwerkskörper, die in Brand geraten waren. Plötzlich aber dehnte sich eine riesige weisse, kugelförmige Wolke aus, aus deren Mitte eine gewaltige Explosion hervorschoß. Dann stieg eine braun-rosa-rot-orangene Rauchsäule in den Himmel. Etwa zehn Sekunden später folgte die gewaltige Druckwelle.

Spekulationen darüber, wie es zu der Explosion gekommen sein könnte, machen seit dem ersten Tag die Runde. Viele zeigen sich überzeugt, dass nicht das erste, kleinere Feuer, sondern eine Einwirkung von aussen die Explosion herbeigeführt habe. Etliche Libanesen gaben an, vor der Explosion Flugzeuge über dem Hafen gesehen zu haben. Manche meinten sogar, Raketen gesehen zu haben, die auf den Ort des Feuers abgeschossen wurden. Wieder andere fragten sich, wie das erste Feuer überhaupt entstanden sei. Ein Gesprächspartner führte aus, dass die zweite Explosion auch horizontal, durch eine Rakete ausgelöst worden sein könnte, die unter Wasser in das Feuer hineingeschossen wurde. Wieder andere Überlegungen gingen in die Richtung, dass ein Sprengstoff mit Zeitzünder oder per Fernzündung ausgelöst worden sein könnte.

Unmittelbar nach der Explosion sah man sich in Israel gezwungen, eine Erklärung abzugeben. Israel sei es nicht gewesen, sagte

ein namentlich nicht genannter «Offizieller» laut der israelischen Reporterin *Gili Cohen*.

«Nicht jede Explosion im Mittleren Osten hat mit uns zu tun», hiess es in der Nachricht weiter. Das sei normalerweise eine Art der israelischen Verteidigung, «etwas zu erklären». Der israelische Verteidigungsminister *Gabi Ashkenasi*, ehemaliger Chef der Israelischen Streitkräfte, erklärte am gleichen Abend im Fernsehsender *Keshet 12*, es habe sich wohl um einen «Unfall» gehandelt.

Man kann davon ausgehen, dass Geheimdienste aus allen vier Himmelsrichtungen in Libanon unterwegs waren und sind und offiziell sowie inoffiziell und getarnt Kontakte zu Armee- und Sicherheitskreisen suchten und – gegen Cash – auch fanden. Wiederholt war auf die gefährliche Fracht hingewiesen worden, das dürfte Geheimdienstkreisen nicht entgangen sein. Die Zeit reichte aus, mit dem Material Pläne aller Art zu schmieden.

Vielleicht explodierten auch weniger als 2750 Tonnen Ammoniumnitrat? Weil Hunderte Tonnen möglicherweise schon auf den bekannten Schmuggelpfaden ihren Weg in den Krieg in Syrien gefunden hatten? Gegen Barzahlung?

Darüber hinaus muss man sich fragen, warum 2013 ein offensichtlich seeuntüchtiges Schiff überhaupt in See stach, um eine solche Menge an sprengstofffähigem Material nach Mosambik zu bringen? Warum lief das Schiff den Hafen von Beirut und nicht den Hafen von Mersin in der Südtürkei an? Warum lag das Schiff als «tickende Zeitbombe» so lange im Hafen von Beirut, wohin verschwand der Reeder, warum hatte es nicht schon längst eine Untersuchung der Ereignisse rund um dieses Schiff gegeben? Es gibt sehr viel mehr Fragen, die beantwortet werden sollten.

### Hizbullah als Sündenbock

Interessierte Kreise streuen derweil ihre eigenen Erklärungen. Allen voran Israel, das aktuell daran arbeitet, das Mandat für *Unifil*, die UN-Friedensmission entlang der Grenze zwischen Israel und Libanon, entweder zu verschärfen oder zu beenden. Ministerpräsident *Benjamin Netanjahu* und Verteidigungsminister *Aschkenasi* behaupteten vor wenigen Tagen, hinter der Explosion stehe die *Hizbullah*.

«Um Katastrophen wie die im Hafen von Beirut zu vermeiden, müssen wir den Sprengstoff und die Raketen beschlagnahmen, die die *Hizbullah* in bewohnten Zentren des Libanon versteckt hat», sagte Netanjahu nach Angaben der «Jerusalem Post».

Sollte die Mission der *Unifil* nicht dahingehend verschärft werden, müsse die israelische Armee die Erlaubnis erhalten, auf libanesischem Territorium zu operieren, um Waffenlager der *Hizbullah* aufzuspüren. *Aschkenasi* hatte zwölf Botschafter des UN-Sicherheitsrates an die Grenze zu Libanon gebracht, um dort das israelische Anliegen zu unterstreichen: «Israel kann nicht tatenlos bleiben angesichts der Versuche der *Hizbullah*, die israelische Souveränität und seine Bürger anzugreifen», so *Aschkenasi*.

«Die *Hizbullah* agiert in städtischen und bewohnten Gebieten und nutzt libanesische Bürger als menschliche Schutzschilde. Das haben wir bei dem unglücklichen Ereignis gesehen, bei dem letzte Woche Hunderte unschuldige libanesische Zivilisten verletzt wurden», sagte der Verteidigungsminister.

Fortsetzung auf Seite 2



(Bild Jilo Glaser)

ef. Die freie Journalistin *Karin Leukefeld* wurde 1954 in Stuttgart geboren und studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften. Seit dem Jahr 2000 berichtet sie aus dem Nahen und Mittleren Osten für Tages- und Wochenzeitungen sowie für den ARD-Hörfunk. 2010 wurde sie in Syrien akkreditiert und informiert seither von vor Ort über den Syrien-Konflikt. Seit Beginn des Krieges 2011 pendelt sie zwischen Damaskus, Beirut und anderen Orten in der arabischen Welt und ihrem Wohnort Bonn. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, u. a.: «Syrien zwischen Schatten und Licht – Geschichte und Geschichten von 1916–2016. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land» (2016, Rotpunkt Verlag Zürich); «Flächenbrand Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat» (2015, 3. überarbeitete Auflage 2017, PapyRossa Verlag Köln). In Kürze erscheint von ihr «Im Auge des Orkans: Syrien, der Nahe Osten und die Entstehung einer neuen Weltordnung» (2020, PapyRossa Verlag Köln).

# «Doppelte Standards» sind eine politische Sackgasse

## Überlegungen für ein anderes Politikverständnis

von Karl-Jürgen Müller

Aus unseren Medien können wir einiges über moralisches Versagen in der Weltpolitik erfahren. Interessant dabei ist, dass manches davon mit der Forderung nach politischen «Konsequenzen» verbunden wird, anderes, was allein aus der Sicht politischer Moral nicht weniger zu kritisieren wäre, aber nicht. So stolpert der Bürger immer wieder über die «doppelten Standards» der Politik – und auch unserer Medien. Sich moralisch gebende Politiker und Medien verlieren dabei ihre Glaubwürdigkeit ... und sind auch sonst nicht hilfreich.

Derzeit erfahren zwei Orte des Weltgeschehens eine besondere Aufmerksamkeit: Belarus und Libanon.

In Belarus fanden vor gut zwei Wochen Präsidentschaftswahlen statt. Es wird behauptet, das offizielle Ergebnis der Wahlen sei gefälscht. Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses gab es Proteste und nach den ersten Protesten ein – auch gewalttätiges – Eingreifen der Polizei. Die Proteste halten bis heute an. Die EU hat Sanktionen beschlossen und das Wahlergebnis nicht anerkannt. Derzeit finden sich nahezu täglich «Analysen» und Kommentare zur Situation in Belarus. Die Forderungen nach einem Regierungswechsel (Regime change) sind sehr laut geworden. «Lukaschenkos Tage sind gezählt» – so lautete die Schlagzeile auf der ersten Seite der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 22. August 2020.

### Belarus und Libanon

In Libanons Hauptstadt Beirut ist vor drei Wochen ein Lager mit einer hochexplosiven Substanz in die Luft geflogen. Die Explosion hat einen ganzen Stadtteil verwüstet. Es hat viele Tote und Verletzte gegeben. 300 000 Menschen sollen jetzt obdachlos sein. Obwohl noch nicht geklärt ist, wie genau es zur Explosion in der Lagerhalle gekommen ist, und obwohl es auch die These eines Raketenbeschusses gibt, waren sich unsere Medien und unsere Politiker sehr schnell einig, dass diese Explosion wie auch schon die langanhaltenden heftigen Proteste im Land von den Parteien und Politikern des Landes zu verantworten sind. Nun müsse «der Westen», so die Frontseite einer namhaften Schweizer Tageszeitung, «Libanon helfen». Der französische Präsident *Macron*, das ist der Präsident der ehemaligen Kolonialmacht, war schon in Beirut. Ebenso der deutsche Außenminister *Heiko Maas*. Dieser forderte «Reformen» als Bedingung für «Hilfe».

Hier soll nicht die Frage beantwortet werden, was wirklich los ist in Belarus oder in Libanon. Man könnte auch noch andere Länder nennen. Tatsache ist jedenfalls, dass «unsere» Politik und «unsere» Medien schon

lange nicht einverstanden sind mit diesen beiden Ländern. In der Regel werden dafür irgendwelche politisch-moralischen Verwerfungen als Gründe genannt. Dabei sprechen zum Beispiel zahlreiche Hinweise dafür, dass die Parole, in Belarus gehe es alleine darum, dass ein freiheitsliebendes Volk gegen einen unmenschlichen Diktator aufbegehrt, zu kurz greift.

### Aber auch Indien...

Die Frage, wie ehrlich die politisch-moralische Argumentation ist, drängt sich noch mehr beim Blick auf andere Orte des Weltgeschehens auf. Orte, wo keiner bei «uns» daran denkt, «Reformen», Regierungswechsel, Sanktionen oder gar eine «humanitäre Intervention» zu fordern. Beispiel Indien: Die «Neue Zürcher Zeitung» titelte am 5. August 2020: «Ein Verrat an den Kaschmiri». Im Untertitel war zu lesen: «Die indische Regierung will die Muslime in der Himalaja-Region mit Gewalt zum Kuschen bringen.» Der Artikel lässt vier betroffene Kaschmiri zu Wort kommen und leitet wie folgt ein: «Ein Jahr ist es her, dass die indische Regierung dem Gliedstaat Jammu und Kaschmir überraschend den Sonderstatus entzogen hat. Die muslimische Bevölkerung im Kaschmir-Hochtal lebt seither im Ausnahmezustand. Noch immer sind einige der prominentesten Politiker der Himalaja-Region in Haft oder unter Hausarrest, unter ihnen die ehemalige Regierungschefin *Mehbuba Mufti*.»

Der Leser erfährt auch, dass es eine monatelange Ausgangssperre gab, dass das Internet am Vorabend der Statusänderung des Gliedstaates vom indischen Staat gekappt worden war und dass bislang 118 «Aufständische» von indischen Sicherheitskräften (Armee und Polizei) getötet wurden. 13 000 der seit August 2019 verhafteten Bürger seien noch immer im Gefängnis. Am Ende des Artikels kommt eine 29-jährige Journalistin zu Wort. Sie schreibt: «Wir Journalisten in Kaschmir arbeiten seit einem Jahr unter unglaublich schweren Bedingungen. [...] Ich habe viel Zeit damit verbracht, darüber nachzudenken, was ich schreiben kann und was nicht. Wir werden ständig beobachtet und sind gefährdet. [...] Meine Worte und Gedanken wäge ich ab und übe manchmal Selbstzensur. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, frei und nicht in Haft zu sein. Nur so kann ich weiterhin die Geschichten erzählen, die die Welt über Kaschmir wissen muss. Und dafür muss ich auf dem laufenden und draussen sein, anstatt im Gefängnis zu schmachten.»

### ...und der Nahe Osten

Zweites Beispiel: Naher Osten. Der in New York lebende und preisgekrönte irische Autor *Colum McCann* hat im August 2020 einen

Tatsachenroman über einen Israeli und einen Palästinenser beim renommierten *Rowohlt-Verlag* in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Beide, der Israeli und der Palästinenser, haben ihre 14- bzw. 10jährige Tochter durch einen Gewaltakt verloren: der Israeli durch palästinensische Selbstmordattentäter, der Palästinenser bei einem Einsatz der israelischen Polizei im Westjordanland. Aber beide Väter haben sich nicht dem Hass und der Rache überlassen. Sie arbeiten in der israelisch-palästinensischen Friedensbewegung mit. Das Buch hat den Titel «Apeirogon». Das Wort ist griechischen Ursprungs und bezeichnet in der Geometrie eine Fläche mit nahezu unendlich vielen Seiten. In seiner Vorbemerkung schreibt der Autor: «Mit der politischen Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten vertraute Leser werden feststellen, dass die beiden treibenden Kräfte in diesem Roman, *Bassam Aramin* und *Rami Elhanan*, reale Personen sind. Mit «real» meine ich, dass ihre Geschichten – und die Geschichten ihrer Töchter *Abir Aramin* und *Smadar Elhanan* – ausdrücklich in Film und Presse dokumentiert sind.»

Der Palästinenser *Bassam Aramin*, das erfährt der Leser schon sehr früh im Roman, war als Jugendlicher und junger Mann sieben Jahre in einem israelischen Gefängnis, es hiess, er sei ein «Terrorist». Auf Seite 35 ist zu lesen: «Seine Mithäftlinge mochten seine stille Art. Es war etwas Geheimnisvolles an dem Siebzehnjährigen mit der Gehbehinderung, an seiner dunklen Haut, seiner drahtigen Kraft, seinem Schweigen. Er trat immer als Erster vor, wenn die Wärter in die Kantine kamen. Das Hinken verschaffte ihm einen Vorteil. Die ersten ein, zwei Stockhiebe kamen fast zögerlich. Oft war er der einzige Häftling, der stehen blieb. *Bassam* verbrachte viele Wochen auf der Krankenstation. Die Ärzte und Pfleger waren schlimmer als die Wärter. Er roch förmlich ihren Frust. Sie stiessen und schlugen ihn, rasierten ihm den Bart ab, verweigerten ihm Medikamente, stellten sein Wasser ausser Griffweite. Die drusischen Pfleger waren besonders grausam: Sie kannten die Einstellung der Muslime zum nackten Körper, ihr Schamgefühl. Sie nahmen ihm die Kleidung und das Bettzeug weg, fesselten ihm die Hände auf dem Rücken, damit er sich nicht bedecken konnte.» ... Und so weiter, und so fort.

### Wozu «doppelte Standards»?

Selbstverständlich gilt auch für Indien und Israel das, was für Belarus und Libanon gilt. Die genaueren Umstände und Zusammenhänge sind dem Verfasser dieser Zeilen nicht bekannt – zudem stammt die Schilderung aus Israel und Palästina ja «nur» aus einem Roman. Aber wie schon gesagt: Niemand in «unseren» Medien oder in «unserer» Politik

forderte oder fordert Regierungswechsel in Indien oder Israel oder gar «Massnahmen» gegen diese beiden Länder. Wie ist das zu erklären?

Sicher ist, dass die politisch-moralische Argumentation sehr lückenhaft ist. Was in dem einen Fall als moralisch verwerflich gilt, wird im anderen Fall zwar auch berichtet und geschildert ... aber einmal mit, das andere Mal ohne die Forderung nach «Konsequenzen». Ist es da so abwegig, von «doppelten Standards» zu sprechen und auf die Idee zu kommen, dass es in Wirklichkeit gar nicht um «Werte» und Moral geht, sondern um etwas ganz anderes?

### Der Verlust der Glaubwürdigkeit

Genauso wichtig ist die Frage, welche Folgen diese «doppelten Standards» haben. Es gibt Menschen – und das sind nicht die schlechtesten –, die ziehen aus all dem den Schluss, dass «unsere» Politik jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Schluss ist nicht abwegig. Und er hat schwerwiegende Folgen. Ein gesellschaftliches Miteinander jenseits eines totalitären Machtstaates setzt gegenseitiges Vertrauen, «Treu und Glauben» im Miteinander voraus. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser», dieser Spruch mag in manchen Bereichen seine Berechtigung haben, aber für ein gutes Miteinander ist er zwiespältig. So kann kein nachhaltiger Frieden entstehen, weder im Inneren eines Landes noch in den internationalen Beziehungen.

### Nicht mehr wundern über Merkwürdiges

Manch einer wundert sich über die realitätsfernen Behauptungen und Forderungen bei den seit Wochen laufenden (Massen-)Veranstaltungen gegen die staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und die völlig überzogene Berufung der Demonstrationsteilnehmer auf ein «Widerstandsrecht». Aber so sehr wundern muss man sich nicht. «Unsere» Politik und «unsere» Medien haben selbst viel dazu beigetragen, dass sie sehr viel Glaubwürdigkeit verloren haben. «Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.» Dieser Spruch ist schon 2000 Jahre alt und wird einem von Kaiser *Augustus* freigelassenen römischen Sklaven zugesprochen. Auch heute gibt es diese Grundstimmung – und heute wird sie von politischen Rattenfängern missbraucht und instrumentalisiert.

Ist die Schlussfolgerung aus all dem, dass «unsere» Politiker und «unsere» Medien den moralischen Zeigefinger künftig überallhin richten sollen? Nein, das wäre ein Irrweg. Besser wäre es, viel bescheidener und zurückhaltender mit Moral zu hantieren. Und

Fortsetzung auf Seite 4

### «Salz in die Wunden: ...»

Fortsetzung von Seite 1

Gemeint war offensichtlich die Explosion im Hafen von Beirut.

Der französische Abgeordnete *Meyer Habib* hielt eine Rede während einer Debatte um den Palästina-Status in der Nationalversammlung in Paris.

Der deutsche CDU-Politiker *Elmar Brok* griff den Ball auf und zeigte sich im Interview mit dem *Deutschlandfunk* überzeugt, dass die Hizbullah «diese Chemikalien dort gelagert [hat], weil Hizbullah, aber auch Iran aus diesen Produkten Sprengmaterial für Anschläge in der Vergangenheit vorbereitet hat».

Hizbullah-Generalsekretär *Hassan Nasrallah* hatte bereits in seiner öffentlichen Ansprache am 7. August klargestellt: «Die Hizbullah hat keine Raketen, keine Munition, nichts» im Hafen von Beirut. Die Hizbullah kontrolliere den Hafen nicht und habe auch keinen Einfluss auf dessen Behörde, so *Nasrallah* weiter. Die Untersuchung werde die Wahrheit über die Explosion an den Tag bringen. Er rief die Libanesen auf, Gerüchten keinen Glauben zu schenken.

Die Explosion im Hafen von Beirut wird benutzt, um eigene Interessen gegen Liba-

non und gegen dessen Souveränität zu forcieren. Frankreich, Deutschland und die USA kündigten Hilfe an, sofern es grundlegende politische Reformen gebe. Die rund 250 Millionen Euro, die von europäischen Staaten, den USA und einigen Golf-Staaten gesammelt wurden, sollten nicht der Regierung und deren Institutionen, sondern der Zivilbevölkerung und Nichtregierungsorganisationen übergeben werden. Eine internationale, unabhängige Untersuchung sei nötig und werde unterstützt, hiess es in der Erklärung.

Der deutsche Außenminister *Heiko Maas*, der kurz nach dem französischen Präsidenten *Emmanuel Macron* die Trümmerlandschaft im Hafen von Beirut aufsuchte, überreichte demonstrativ einen Scheck über eine Million Euro an das *Libanesische Rote Kreuz*. Deutlicher kann man die Regierung und den Präsidenten und die Bevölkerung eines Landes in einer solchen Situation nicht demütigen. Nur wenige Stunden nach *Maas* flog *David Hale*, der ehemalige US-Botschafter in Beirut und heute stellvertretender US-Außenminister für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, ein. Diesem wiederum folgte auf den Fuss die französische Verteidigungsministerin *Florence Parly*.

China, Russland und Iran dagegen bieten zwar Hilfe an, halten sich politisch aber deutlich im Hintergrund.

Der Wettlauf Europas und der USA um Libanon ist in vollem Gange. Frankreich will den Hafen von Beirut wieder aufbauen, Deutschland will die Stromversorgung (für *Siemens*) übernehmen, die USA wollen die maritime Grenze Libanons gegenüber Israel festlegen, damit Israel – und damit US-Firmen – mehr von den Gasfeldern im östlichen Mittelmeer profitieren, als ihnen zusteht. Die europäischen Staaten wollen weitere Flüchtlingsströme unterbinden und mit einigen Millionen dafür sorgen, dass die Leute im Land bleiben und irgendwie überleben sollen.

Libanon selbst als souveräner Staat wird wie seit Jahrzehnten von den ausländischen Akteuren ignoriert und geschwächt. Ihre langjährigen Partner – politische Eliten und Clans –, die unter dem französischen Mandat (1920–1943) gestärkt und geformt wurden, sollen in neuer Konstellation wieder ins Spiel gebracht werden, wenn sie bereit sind, die Forderungen der vom Westen unterstützten «Zivilgesellschaft» zu übernehmen.

Nicht dabei sein soll die Hizbullah, die erst Anfang der 1980er Jahre als Widerstand gegen die israelische Besatzung entstan-

den war. Sie soll ausgegrenzt und weiter als Hauptschuldiger für die Lage in Libanon bekämpft werden.

Der Zedernstaat soll sich den Regeln des IWF unterwerfen, womit staatliche Unternehmen privatisiert und staatliche Subventionen gestoppt werden sollen. Zehntausende bisher noch staatlich Angestellte und Arbeiter würden ihre Arbeit verlieren und keine neue Arbeit finden, weil es weder namhafte Industrie noch Agrarproduktion in Libanon gibt. Kosten für Strom beispielsweise, die heute subventioniert werden, würden sich für die einfachen Verbraucher vervielfachen. Der gelernte Banker *Riad Salamé* allerdings, Chef der Libanesischen Zentralbank seit 1993 und verantwortlich für die kriminelle Plünderung der privaten Konten der libanesischen Bevölkerung, soll nach dem Willen der USA als «rote Linie» unangetastet bleiben.

Mit der Explosion im Hafen von Beirut ist Libanon unter einer schweren Last zusammengebrochen. Doch statt zu helfen und dem Land Spielraum für einen Neuanfang zu verschaffen, wird nachgetreten. Was die Regierungen in Paris, Berlin und Washington über die Medien als «Hilfsbereitschaft» und «Solidarität» verkaufen, ist nicht mehr als Salz, das Libanon in seine offenen Wunden gestreut wird. •

Eidgenössische Volksabstimmung vom 27. September 2020 zur Begrenzungsinitiative

# Stopp der Salami taktik zur Einbindung der Schweiz in die EU

## Ja zur eigenständigen Regelung der Schweizer Angelegenheiten

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

«Bundesrat zieht mit Grossaufgebot gegen Begrenzungsinitiative ins Feld», war am 7. August in der CH-Media-Presse zu lesen, untermalt durch die Fotos von vier Bundesräten, die sich gegen die Initiative «offensiv ins Zeug legen» wollen.<sup>1</sup>

Das muss ja eine heisse Abstimmungsvorlage sein, dass die Bundesräte ihre Pflicht zu sachgerechter Information zu einer eigentlichen Propagandatour umfunktionieren. Allein Karin Keller-Sutter, welche schon vor einiger Zeit den Kampf gegen die Begrenzungsinitiative zuoberst auf ihre Agenda gesetzt hat, wird an zehn Anlässen auftreten, Alain Berset will die Romandie abdecken, und auch Ignazio Cassis wird für ein Nein zur Volksinitiative weibeln.

Zunächst gilt es festzuhalten, was im Initiativtext wirklich drinsteht und was von den EU-Turbos frei erfunden ist. Dann muss die Initiative eingeordnet werden in den Kampf vieler Bürger gegen die Kräfte im Staat und in der Wirtschaft, die offen mit den EU-Gremien zusammenspannen, um die Schweiz immer enger in den undemokratischen Bürokratie-Koloss einzureihen. Aus diesem Blickwinkel wäre die Ablehnung der Initiative durch das Volk eine weitere Salami-scheibe, mit der die einzigartige Staatsstruktur der Schweiz bis auf einen schmalen Rest heruntergefahren werden soll. Vor allem aber würde ein Nein den Weg planieren für die nächste, ungleich dickere Scheibe, auf den die vereinten EU-Turbos wie die Chüngeli auf die Schlange starren: den institutionellen Rahmenvertrag, der unmittelbar nach dem 27. September auf dem Tisch liegen würde.

### Was die Initiative verlangt...

Im Prinzip verlangt sie lediglich, dass die Masseneinwanderungsinitiative, die von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 angenommen wurde und die seither in der Bundesverfassung steht, endlich umgesetzt wird (siehe Wortlaut der Begrenzungsinitiative im Kasten). «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig», steht in Artikel 121a Absatz 1 der Bundesverfassung von 2014, und fast wörtlich gleich heisst es im Entwurf für Artikel 121b Absatz 1: «Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern ei-

### Wortlaut der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

- 1 Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
- 2 Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.
- 3 Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch

zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Art. 197 Ziff. 121

12. Übergangsbestimmungen zu Art. 121b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

- 1 Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.
- 2 Gelingt dies nicht, so kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

genständig.» Beide Artikel verbieten völkerrechtliche Verträge, die «gegen diesen Artikel verstossen» beziehungsweise die «ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren».

Gemäss dem Verfassungsartikel von 2014 müssen die Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt werden. Diese für jedermann klar verständliche Vorschrift wurde von Bundesrat und Parlament in offener

Missachtung des Volkswillens nicht umgesetzt, «weil Brüssel nicht damit einverstanden war» – eine schwache Rechtfertigung für den Verfassungsbruch unserer Volksvertreter.

Und weil den Initianten von damals vorgeworfen wurde, sie hätten nicht klar formuliert, was mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) passieren sollte, wenn die EU die Schweizer Umsetzung nicht akzeptiere, steht jetzt in der Übergangsbestimmung deutsch und deutlich: Der Bundesrat soll das FZA in

Verhandlungen mit der EU innert einem Jahr nach der Annahme der Initiative durch das Volk ausser Kraft setzen, im Falle der Nicht-einigung soll er es innert 30 Tagen kündigen.

### ...und was die Gegner fälschlicherweise behaupten

– «Wenn die Initiative angenommen werden würde, so würden die Bilateralen Verträge I verschwinden» (Bundesrätin Keller-Sutter).<sup>2</sup>

Jo chasch dänkä – die verschwinden nicht einfach so, trotz der (vor allem von unserer eigenen Mannschaft!) fleissig geschwungenen Guillotine-Keule, wonach die anderen sechs Verträge sechs Monate nach der Kündigung des Freizügigkeitsabkommens ausser Kraft treten würden. Die EU-Mitgliedsstaaten haben nämlich grösstes Interesse an der Erhaltung einiger für sie hochwertiger Verträge, allen voran des Freizügigkeitsabkommens selbst, das sie sicher lieber modifiziert als gar nicht haben wollen – auch wenn sie es «ums Verrode» nicht zugeben. Bekanntlich strömen jährlich viel mehr Arbeitskräfte, Studenten, Professoren (samt Familiennachzug) in die Schweiz als umgekehrt, und täglich Hunderttausende von Grenzgängern. Da kann der abtretende EU-Botschafter in Bern, Michael Matthiessen, lange den bekannten Spruch wiederholen: Wer direkten Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse auch an der Personenfreizügigkeit teilnehmen.<sup>3</sup> Das tut die Schweiz ja seit Jahren und wird es gerne weiter tun, aber nicht unbegrenzt!

– «Es besteht darüber hinaus auch das Risiko, dass mit dem Wegfall der Bilateralen I auch die Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen in Frage gestellt wären. Das hätte weitere Folgen – in erster Linie für die Sicherheit, das Asylwesen, aber auch für den Grenzverkehr und unsere Reisefreiheit.» (Bundesrätin Keller-Sutter)

Im selben Sinne EU-Botschafter Michael Matthiessen: «In der Corona-Krise haben wir gesehen, was es heisst, wenn man sich nicht mehr frei in Europa bewegen kann. Offene Grenzen und die Perso-

Begrenzungs-Initiative  
am 27. September

**JA+** zur massvollen Zuwanderung

www.begrenzungsinitiative.ch

Abstimmungsplakat zur Begrenzungs-Initiative

Fortsetzung auf Seite 4

## «In Europa wiederholen sich die Machtspiele der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg»

### Gewinner und Verlierer in Brüssel

von Zoltán Kiszelly



Zoltán Kiszelly  
(Bild zvg)

zf. In Zeit-Fragen Nr. 16 vom 28. Juli 2020 haben wir kurz über die am 21. Juli vom EU-Gipfel gefassten Beschlüsse berichtet. Zoltán Kiszelly ist Berater der ungarischen Regierung. Er hat uns folgenden interessanten Kommentar zum Gipfel zur Verfügung gestellt.

In Brüssel hat jedes Mitgliedsland gewonnen. Einige mehr, andere weniger. Am meisten haben die grossen gewonnen. Deutschland kann seinen wirtschaftlichen Hinterhof, die EU, behalten und bleibt dadurch mit China und den USA weiterhin in der gleichen Gewichtsklasse. Die Franzosen haben die Transferunion als Wohnzimmer des «gemeinsamen Finanzministers» bekommen. Die Italiener haben mehr Helikoptergeld erhalten, während die sparsamen Vier sich grössere Rabatte gesichert haben. Die neun Staaten ausserhalb der Euro-Zone müssen weniger Geld in den Süden schicken, und was für uns Ungarn am wichtigsten ist, wir haben Zeit gewonnen, in der unser Land stärker wird.

In Europa wiederholen sich die Machtspiele der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Es

steht auch jetzt viel auf dem Spiel. Deutschland möchte die EU zusammenhalten, dazu muss es die nach dem Abschied der Briten verbliebenen zwei grossen Mitgliedsstaaten an sich binden. Die Franzosen entscheiden 2022, die Italiener spätestens 2023 nicht nur über die Zusammensetzung ihrer Regierung, sondern unmittelbar auch über die Zukunft des Euro und der EU.

Der Brexit hat nämlich eine Alternative eröffnet, von der man noch nicht weiss, wohin sie führt, aber immerhin ist das eine Alternative. Die Franzosen sind mit den Angelsachsen zweimal bereits «gut gefahren», während der Deal von Napoleon III. mit Bismarck den französischen Kaiser nicht nur die Krone kostete, sondern auch Elsass und Lothringen.

Die Italiener beginnen die Kriege immer mit Deutschland und beenden sie mit den Siegern. Man sollte die Macht der Geschichte nicht unterschätzen!

Berlin hätte mit der bisherigen sparsamen Politik diese beiden grossen Mitgliedsstaaten nicht bei der Stange halten können, deshalb hat Kanzlerin Merkel die Rolle des «bad cop» dem niederländischen Ministerpräsidenten Rutte zugeteilt. Somit konnte sie mit Macron in die Vermittlerrolle schlüpfen und zugleich die in letzter Zeit divergierende deutsch-französische Achse festigen.

Diese Vermittlung war mehr gefragt denn je. Die – seit langem fälligen und notwendigen – strukturellen Reformen, welche von den Nordstaaten als Gegenleistung für ihr Geld gefordert werden, würden die eurooptimistischen Regierungen des Südens hinwegfegen. Der Zuspruch für Macron ist bereits jetzt grottenschlecht, während die Umfragergebnisse für die rechten italienischen Parteien bei 50% liegen und im Herbst in sieben von 20 Regionen gewählt wird.

Der Südtel der Euro-Zone wird dieses Jahr noch durch Anleihekäufe der EZB und den Target-2-Mechanismus über Wasser gehalten, ab Januar 2021 können dies der jetzt angenommene Plan für eine Next Generation EU und der neue EU-Haushalt übernehmen. Die Einigung war wegen dieses Zeitplans so dringend, Kanzlerin Merkel war deswegen zu beinahe jedem Zugeständnis bereit.

Während sich die meisten auf das Helikoptergeld freuen, wird in Berlin und Paris mit Beruhigung konstatiert, dass die Transferunion doch noch über die Bühne gegangen ist.

Jetzt können die ärmeren Staaten nach dem Muster des Länderfinanzausgleichs und anderer Mechanismen von den reicheren alimentiert werden. In einer anderen Lesart wurde nur ein Ein-Jahres-Handelsüberschuss der Nordstaaten zurückverteilt.

Zur Tilgung der gemeinsamen Schulden möchte das Europäische Parlament (EP) neue gemeinsame Einnahmen und Steuern einführen, die bald durch einen «europäischen Finanzminister» koordiniert werden könnten. So wie das EP letztes Jahr den Abschied vom Spitzenkandidaten-Modell geschluckt hat, wird es erwartungsgemäss den Einschnitt seiner politischen Haushaltsmacht auch hinnehmen. Man könnte ja als Kompensation die Gelder für Erasmus oder den Klimaschutz etwas erhöhen.

Solange die de facto Eurobonds der Euro-Zone+ eine wirklich einmalige Schuldenaufnahme bleiben, sprechen mehr Argumente für als gegen sie. Das Geld wird von Brüssel verteilt, es muss für Digitalisierung, klimaneutrale Energieerzeugung, Wettbewerbsfähigkeit und für Investitionen verwendet werden. Und das ist gut so.

Es ist ein Verdienst der Visegrad-Staaten und des neben Angela Merkel und Mark Rutte am längstem im Amt stehenden Regierungschefs Viktor Orbán, dass zu den wirtschaftlichen Vorgaben keine willkürlich interpretierbaren ideologischen Bedingungen gestossen sind. Darin könnte einer der Gründe dafür liegen, dass der Mainstream Ungarn und dessen Ministerpräsidenten zu den grossen Gewinnern dieses EU-Gipfels zählt.

### «Stopp der Salamtaktik ...»

Fortsetzung von Seite 3

*nenfreizügigkeit haben viele Vorteile, die wir als selbstverständlich betrachten.»*

Da vermischen Frau Bundesrätin und Herr EU-Botschafter Chruut und Rüebli miteinander: Das Schengen/Dublin-Abkommen gehört zu den Bilateralen II und hat mit der Personenfreizügigkeit nichts zu tun. Die Freiheit, in Europa herumzu-reisen, und das Recht, in einem Staat zu leben, zu arbeiten und Sozialleistungen zu beziehen, sind zwei völlig verschiedene Dinge. Wenn die EU also Schengen/Dublin ausser Kraft setzen wollte, weil die Schweiz anderswo nicht spürt, wäre das rechts- und vertragswidrig. Mit derlei haben wir ja schon einige Erfahrung, und bis jetzt hat der Bundesrat immer einen cleveren Weg gefunden, mit den widerrechtlichen Aktionen Brüssels fertig zu werden.

– *«Wenn man diese [Corona-]Krise verschärfen will, dann kappen wir den Marktzugang unserer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt. Fünfzig Prozent unserer Exporte gehen in die EU!» (Bundesrätin Keller-Sutter)<sup>4</sup>*

Frau Bundesrätin hat vergessen zu ergänzen: ...und sechzig Prozent unserer Importe kommen aus der EU! Übrigens ist die rechtliche Grundlage für den Handel zwischen der Schweiz und der EU in erster Linie das für die Schweizer Wirtschaft essentielle Freihandelsabkommen von 1972. Der Bundesrat erwähnt es wohlweislich nie, weil dessen «Modernisierung», sprich EU-kompatible Umfunktionierung und Unterstellung unter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs EuGH, im geplanten Rahmenabkommen bereits vorgespürt ist.<sup>5</sup>

– *Der Bundesrat und die Sozialpartner haben «viel unternommen, um sicherzustellen, dass die inländischen Arbeitskräfte wettbewerbsfähig bleiben». (Bundesrätin Keller-Sutter)*

Dann nennt sie die einzige mikrige Vorschrift, die bei der EU-kompatiblen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch das Parlament am Schluss übrigblieb, nämlich eine Stellenmeldepflicht der Arbeitgeber (aber nur bei Berufen mit hoher Arbeitslosigkeit) an die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), bevor sie direkt im Ausland nach Arbeitskräften suchen dürfen.

– *«Ohne ausländische Arbeitskräfte könnten die Betriebe ihre Aufträge schlicht nicht mehr abarbeiten.» (Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV)<sup>6</sup>*

Diese Formulierung ist grotesk: Als ob irgend jemand keine ausländischen Arbeitskräfte mehr wollte! Die Initianten und wir Bürger wollen weder hier lebende Ausländer hinauswerfen noch keine weiteren hineinlassen – wir wollen nur wieder selbst bestimmen, wie viele neu hineinkommen können (so wie wir es mit Nicht-EU-Efta-Staatsangehörigen auch tun).

– *Ziel der Initianten sei nicht die Begrenzung der Zuwanderung, sondern «die Abschaffung der flankierenden Massnahmen». Die Initiative würde für mehr Druck auf die Löhne sorgen. (Pierre-Yves Mailard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB)<sup>7</sup>*

Mehr Druck auf die Löhne? Oder nicht eher weniger Druck, wenn weniger Zuwanderer die inländischen Arbeitskräfte (Schweizer und Ausländer) konkurrenzieren? Wie absurd darf es sein, nur weil man als Sozialdemokrat auf keinen Fall eine SVP-Initiative unterstützen will?

#### Die Schweiz ist ein kleines Land!

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit (2007) mit der EU sind jährlich rund 75 000 Menschen in die Schweiz eingewandert, das heisst insgesamt 1 Million (heute rund 8,5 Millionen Einwohner). Über 25 Prozent der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige, mehr als in den meisten europäischen Staaten. Mit einer weiterhin ungeringelten Zuwanderung aus den EU-Staaten hätten wir bis in einigen Jahren eine 10-Millionen-Schweiz.

Macht nichts, findet der Think tank *Avenir Suisse*: «Wer angesichts solcher Zahlen die unweigerliche Verbauung letzter Grünräume im Mittelland und die Gefährdung der alpinen

Freiräume befürchtet, dem helfe folgendes Gedankenspiel: Setzt man New York an die Stelle von Zürich, London an die Stelle von Basel, Berlin an die Stelle von Bern, Paris an die Stelle von Genf und Barcelona an die Stelle von Lugano, würde die Schweiz alleine mit diesen attraktiven Metropolen der westlichen Welt auf 24 Mio. Einwohner kommen. In den restlichen Gebieten hätte es damit enorm viel Platz für die Pflege traditioneller, von «Dichtestress» verschonter Lebensstile, für reichlich Agrarland, für Naherholungsgebiete und für dünn besiedelte Berglandschaften. Es stellt sich also nicht die Frage, ob die Schweiz 10 oder 11 Mio. Einwohner verträgt, sondern wie man diese höhere Dichte organisiert. [...]»<sup>8</sup>

#### Nicht sehr verlockend, nicht wahr?

Derlei Zukunftsvisionen stellen die Initianten in ihrem Argumentarium verschiedene gewichtige Gründe entgegen, zum Beispiel: Mit einem Ja wird die Schweiz nicht weiter im Stau oder in verstopften Zügen, wird Wohnen wieder günstiger. Ausserdem schützen wir die Sozialwerke: Heute sind bereits 6 von 10 Sozialhilfeempfängern Ausländer.<sup>9</sup>

Für solche Argumente sollten sich eigentlich auch Gewerkschafter und Grüne erwärmen...

Aber noch besteht Hoffnung, denn Avenir Suisse-Autor *Lukas Rühli* beklagt: «Zugegebenermassen bringt die Schweiz nicht die optimalen Grundvoraussetzungen dafür [für die Organisation der geschilderten höheren Dichte] mit: Der kleinteilige Föderalismus (26 Kantone) und fast 2300 Gemeinden mit hoher Gemeindeautonomie erschweren eine kohärente Planung in funktionalen Räumen.»

Bleiben wir dabei! Am besten organisieren wir Bürger die Schweiz weiterhin selbst, auf der Grundlage von direkter Demokratie, Föderalismus und Gemeindeautonomie! Mit möglichst wenig Rechtsübernahme aus Brüssel und Rechtsprechung aus Luxemburg...

#### Der grosse Test für die kommende Volksabstimmung über das Rahmenabkommen

Zurück zum anstehenden grossen Brocken – nach dem kleineren der Begrenzungsinitiative – dem institutionellen Rahmenabkommen, das Brüssel und unsere eigene Verhandlungsmannschaft dem Schweizervolk aufdrücken wollen. Dass vier Bundesräte sich mit den Spitzen aller politischen Parteien (ausser der SVP, von der die Initiative stammt) und der meisten Wirtschaftsverbände zusammuntun, um mit geballten Kräften ein Ja des Schweizervolkes am 27. September zu verhindern, ist auf das Rahmenabkommen gemünzt. Das Stimmvolk soll heute schon müde gemacht werden mit den Nachteilen, die uns aus Brüssel drohen würden, sollten wir es wagen, der Begrenzungsinitiative zuzustimmen. Dieselben Nachteile – und noch einige dazu – werden wir vor der Abstimmung über das Rahmenabkommen zu hören bekommen.

Die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative sei ein «Grundsatzentscheid», so Bundesrätin Keller-Sutter am 22. Juni, danach müsse die Schweiz «Brüssel ein Angebot [zum Rahmenvertrag] unterbreiten». Mit dem «Angebot» ist offenbar das grosszü-

gige Hinblättern von Milliarden in den Kohäsionsfonds der EU gemeint – worauf auch Botschafter Michael Matthiessen kürzlich ultimativ pochte.<sup>10</sup> Übrigens hätte die Schweiz die nächste Tranche längst bezahlt, wenn die EU uns nicht mit rechtswidrigen Sanktionen belegt hätte (als Letztes mit der Aussperrung von den Wertpapierbörsen der EU). Nur aus diesem Grund haben der National- und der Ständerat die Zahlung bisher auf Eis gelegt.

Tatsache ist: Wenn die Schweizer Verhandlungsmannschaft sich daran erinnern würde, auf welcher Seite des Tisches sie sitzen sollte, wäre sicher mehr herauszuholen als bisher, nämlich mehr als nichts. Bei einem Ja zur Initiative werde es schon etwas «tschädere», so SVP-Präsident *Albert Rösti*, aber er denke, die EU würde Hand bieten für eine einvernehmliche Lösung, denn: «Die betroffenen sechs von insgesamt über 120 Verträgen [zum Beispiel Lastwagen-Transitverkehr, Forschung, Handel mit landwirtschaftlichen Produkten wie Wein und Käse] sind für die EU wichtiger oder mindestens so wichtig wie für uns.»<sup>11</sup>

Am 27. September haben wir Schweizerinnen und Schweizer die Gelegenheit, der EU gegenüber einen Pflock einzuschlagen. Mit den Worten der Initianten: «Die Schweiz will eigenständig Verträge mit anderen Staaten abschliessen, die jeweils beiden Seiten nützen. Die Schweiz braucht auch ausländische Arbeitskräfte – aber als souveräner Staat bestimmen wir selber, wer in unser Land kommt!»<sup>12</sup> Was soll daran falsch sein? •

<sup>1</sup> Altermatt, Sven. Bundesrat zieht mit Grossaufgebot gegen Begrenzungsinitiative ins Feld – und erhält gar Schützenhilfe von der SVP. *CH Media* vom 7.8.2020

<sup>2</sup> Washington, Oliver. Abstimmungskampf neu lanciert. Vereinte Front gegen die Begrenzungsinitiative. *Medienkonferenz. SRF News* vom 22.6.2020

<sup>3</sup> Gafafer, Tobias. EU-Botschafter: «Der zweite Schweizer Kohäsionsbeitrag ist seit langem überfällig», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.8.2020

<sup>4</sup> *Medienkonferenz zur Begrenzungsinitiative* vom 22. Juni 2020. Rede von Bundesrätin Keller-Sutter (<https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/reden>)

<sup>5</sup> Institutionelles Abkommen, Präambel und Gemeinsame Erklärung EU-Schweiz zu den Handelsabkommen, S.32–34 ([https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/abkommen/accord-inst-Projet-de-texte\\_de.pdf](https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/abkommen/accord-inst-Projet-de-texte_de.pdf))

<sup>6</sup> Washington, Oliver. Abstimmungskampf neu lanciert. Vereinte Front gegen die Begrenzungsinitiative. *Medienkonferenz. SRF News* vom 22.6.2020

<sup>7</sup> Washington, Oliver. Abstimmungskampf neu lanciert. Vereinte Front gegen die Begrenzungsinitiative. *Medienkonferenz. SRF News* vom 22.6.2020

<sup>8</sup> Rühli, Lukas. Die 10-Millionen-Schweiz. *Avenir Suisse* vom 30.8.2016

<sup>9</sup> Ja zur Begrenzungsinitiative. *Argumentarium* (<https://www.begrenzungsinitiative.ch/argumente/>)

<sup>10</sup> Gafafer, Tobias. EU-Botschafter: «Der zweite Schweizer Kohäsionsbeitrag ist seit langem überfällig», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.8.2020

<sup>11</sup> Schäfer, Fabian; Surber, Michael. Eine Zuwanderung von ein paar zehntausend Personen im Jahr kann auch nach Annahme der BGI nötig sein. Interview mit Albert Rösti, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.7.2020

<sup>12</sup> Ja zur Begrenzungsinitiative. *Argumentarium* (<https://www.begrenzungsinitiative.ch/argumente/>)

### Braucht's für eine gemeinsame Corona-App ein Rahmenabkommen?

*mw.* «Das Corona-Virus kennt keine Grenzen.» Dies der erste Satz eines Briefes, den vier baden-württembergische Bundestagsabgeordnete an EU-Kommissions-Präsidentin *Ursula von der Leyen* geschickt haben. Sie wollen, dass die Schweiz ihre Tracing-Apps mit denen in den EU-Staaten verbinden kann. Ja, klar – wo liegt das Problem?

Die rechtliche Grundlage für eine Schweizer Teilnahme fehle, so der abtretende EU-Botschafter in Bern, *Michael Matthiessen*: Ohne bilaterales Gesundheitsabkommen kein EU-kompatibles Corona-Warnsystem für die Schweiz, und ohne «signifikante Fortschritte» beim Rahmenabkommen kein Gesundheitsabkommen.<sup>1</sup>

Gegen eine derartige Verknüpfung wehren sich die vier Politiker aus unserer Nachbarschaft ennet dem Rhein und fordern von der EU-Kommission sofortige Kooperation mit der Schweiz in Sachen Corona-Apps. In ihrem Brief verweisen sie auf die 300 000 Grenzgänger aus Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich, darunter rund 46 000 aus Süddeutschland, die Tag für Tag die Grenze zur

Schweiz überqueren. «Grenzüberschreitendes Leben und Arbeiten ist in unserer Region wie in vielen anderen Grenzregionen in Europa ungeachtet der EU-Aussengrenze nicht die Ausnahme, sondern die Regel», schreiben *Schwab* und seine drei CDU-Parteikollegen.<sup>2</sup>

Bravo! Nehmen wir doch die bewährte und unkomplizierte Kooperation mit unseren Nachbarländern wieder auf! Es ist absurd, für jede Situation, die das Leben mit sich bringt, ein formelles Abkommen mit der EU-Zentrale abschliessen zu müssen, das dann in den ominösen Rahmenvertrag eingegliedert würde. Mit der Zeit würden dann praktisch sämtliche Bereiche des Schweizer Rechts aus Brüssel gesetzt und vom Europäischen Gerichtshof abgeseget.

Noch ist es Zeit, einen Stopp zu setzen.

<sup>1</sup> Gafafer, Tobias. EU-Botschafter: Der zweite Schweizer Kohäsionsbeitrag ist seit langem überfällig, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.8.2020

<sup>2</sup> Hehli, Simon. Der Druck auf Brüssel steigt: Die Schweiz soll sich an die europäischen Corona-Apps anschliessen dürfen, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.8.2020

### «Doppelte Standards» sind ...»

Fortsetzung von Seite 2

gar nicht schlecht wäre es, mit der Moral, wenn überhaupt, bei sich selbst zu beginnen. Und wohl am besten wäre es, begangene und als solche erkannte Fehler künftig nicht mehr zu machen.

#### Politik muss sich begrenzen...

Für die Politik wäre eine Rückbesinnung auf Begrenzungen wünschenswert: Das Wohl der eigenen Bürger mehr helfen, vor allem durch gute Rahmenbedingungen für ein eigenverantwortliches, die Persönlichkeit frei entfaltendes und dem Gemeinwohl gewidmetes Leben; den Menschen in anderen Ländern keinen Schaden zufügen; sich selbst gegen mögliche Angriffe anderer im Falle eines Falles verteidigen können; aufhören damit, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Es ist nicht Aufgabe der Politik und des Staates, Sprachrohr des Menschheitsgewissens zu sein. Eine unilaterale oder multilaterale Weltregierungs-politik wäre nichts anderes als eine Weltdiktatur.

Die Welt war tatsächlich schon einmal weiter, auch unsere moderne Welt. Aber das Machtstreben von wenigen hat Rückschritte verursacht. Auch in der Weltpolitik. Zum Beispiel: Mit der von den OSZE-Staaten verabschiedeten *Charta von Paris* vom November 1990 war eine gute Grundlage für ein gedeihliches Miteinander von Ost und West nach dem Ende des Kalten Krieges formuliert worden. Russland und auch China zum Beispiel waren Länder, die in den Folgejahren sehr viele Versuche unternommen haben, mit den USA und ihren Verbündeten in Europa Vereinbarungen zu treffen, die auf ein gleichberechtigtes Miteinander in einer multipolaren Welt abzielten.

#### ...und von der reinen Machtpolitik verabschieden

Die USA verfolgten demgegenüber die Strategie der «einigen Weltmacht». Nachzulesen ist das nach wie vor im 1999 in deutscher Sprache erschienenen Klassiker des ehemaligen US-Sicherheitsberaters *Zbigniew Brzezinski*, «Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft». In diesem Buch wird auch dargestellt, dass der Zugriff auf Osteuropa sowie den Nahen und Mittleren Osten aus Sicht der USA die wichtigsten Bausteine sein sollten, um Russland und China auf Dauer zu schwächen. Zu den Worten passten die Taten: die Nato-Ost-Erweiterung, die fünf Milliarden US-Dollar für die «Demokratisierung» der Ukraine, die vielen Kriege im Nahen Osten, die US-Unterstützung für radikale Uiguren, Geld und Beratung für die Oppositionsbewegung in Hongkong, Zündeln überall dort, wo die «Neue Seidenstrasse» verlaufen soll ... und so weiter, und so fort.

Ob die Reaktionen von Russland und China darauf immer angemessen waren, darüber lässt sich trefflich streiten. Aber sicher ist wohl, dass beide Länder bis heute lieber ehrliche Friedensangebote der USA und der europäischen Staaten aufgreifen würden, als einen neuen Kalten Krieg zu führen. Beide Länder sind schon seit geraumer Zeit vorrangig am Aufbau im Inneren interessiert, nicht an aggressiven Abenteuern.

Dass sich die USA und auch Europa derzeit eher im Abstieg befinden, kann anderen Staaten nicht angelastet werden. Die europäische Misere besteht auch nicht in einem Mangel an Waffen, wie immer wieder behauptet wird. Alleine die europäischen Nato-Staaten geben viel mehr für ihre Armeen aus als zum Beispiel Russland. Bei Russland waren es 2019 rund 65 Milliarden US-Dollar, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland gaben zusammen fast 150 Milliarden dafür aus. Die Misere Europas ist der Mangel an wirklich eigenständiger Politik. Eine solche könnte erkennen lassen, dass die Staaten Europas mit einem guten Verhältnis zu allen Ländern in der Welt besser fahren könnten als mit einem direkten oder indirekten Vollzug bisheriger US-amerikanischer Konfrontations-Pläne.

Hierzu würde es auch gehören zu erkennen, dass die «doppelten Standards» unserer Politik und unserer Medien ein wichtiger Teil der bisherigen Politik waren und sind. Diese Politik steckt in einer Sackgasse. Immer mehr vom Alten wird nicht weiterhelfen. •

# Ja zu einem Gesetz «für die langfristige Koexistenz von Mensch und Wolf»

von Stefan Engler\*, CVP-Ständerat und Co-Präsident des Komitees «JA zum fortschrittlichen Jagdgesetz»

Das geltende Jagdgesetz stammt aus dem Jahr 1985. Seither hat sich einiges geändert: Beispielsweise haben die Bestände geschützter Arten wie der Wolf oder der Biber in den letzten Jahren wieder zugenommen, was erfreulich ist. Es ist ein gutes Zeichen für die Natur und Artenvielfalt in der Schweiz.

Allerdings führt beispielsweise die Zunahme des Wolfbestands auch immer wieder zu Konflikten mit der Landwirtschaft, dem Tourismus und der Bevölkerung. Um diesen veränderten Wildtierbeständen und den Bedürfnissen nach Schutz von Mensch und Tier besser entsprechen zu können, braucht es deshalb eine Revision des Jagdgesetzes. Was erfreulich ist.

Das revidierte Jagdgesetz dient dazu, verschiedene Wildtiere und ihren Lebensraum besser zu schützen. Zudem bietet es eine pragmatische Lösung im Umgang mit dem Wolf, der 1995 in die Schweiz zurückgekehrt ist. Der Wolfbestand wächst stetig an: 2019 lebten rund 80 Wölfe in unserem Land.

Manche Wölfe greifen Schafe und Ziegen an. Jährlich werden 300 bis 500 Tiere gerissen. Betroffen sind auch Herden, die von

\* Stefan Engler war von 1998–2010 Regierungsrat des Kantons Graubünden und leitete das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement. Seit 2011 ist er Bündner Ständerat.

Zäunen oder Hunden beschützt werden. Denn Wölfe können lernen, Schutzmassnahmen zu umgehen. Und manche Wölfe verlieren die Scheu vor Siedlungen. Das revidierte Jagdgesetz bezweckt, Konflikte zu lindern, die mit dem wachsenden Wolfsbestand einhergehen.

## Besserer Schutz der Natur

Das revidierte Gesetz bringt verschiedene Verbesserungen für die Wildtiere und ihren Lebensraum. Reservate und Schutzgebiete, die den Tieren als Rückzugsgebiete dienen, sowie Wildtierkorridore werden mit zusätzlichen Mitteln unterstützt. In der ganzen Schweiz werden rund 300 Verbindungswege in der Natur für Wildtiere vor Verbauung geschützt. Damit können ihre Lebensräume besser vernetzt werden. Bei Bahnlinien und Strassen sorgen Bund und Kantone für Brücken und Unterführungen für Wildtiere.

Der Bund unterstützt die Kantone bei der Aufwertung der Lebensräume von Wildtieren und Vögeln in den rund 80 eidgenössischen Wildtierschutzgebieten und Vogelreservaten finanziell. Zwölf Wildarten dürfen in Zukunft gar nicht mehr gejagt werden. Zudem gilt für die Waldschnepfe eine längere Schonzeit. Das Gesetz verpflichtet die Kantone und Bauern, Zäune wildtierfreundlich zu errichten, damit Unfälle und Verlet-

zungen von Wildtieren möglichst ausbleiben. Diese Massnahmen dienen der Artenvielfalt: Sie helfen, den natürlichen Lebensraum der Wildtiere zu bewahren und die Natur zu schützen.

## Pragmatismus im Umgang mit dem Wolf

Das revidierte Jagdgesetz ermöglicht es den Kantonen, die Wolfsbestände zu regulieren, bevor Wölfe Schafe und Ziegen angreifen. Der Wolf bleibt aber eine geschützte Tierart. Ziel dieser Neuerung ist, dass die Wölfe die Scheu vor Menschen und Siedlungen bewahren, weniger Schäden an Schafen und Ziegen entstehen und so die Zahl der Konflikte abnimmt.

Zentral im neuen Gesetz ist, dass die Umsetzungsverantwortung bei der Regulierung geschützter Arten neu bei den Kantonen liegt. Sie kennen das Gebiet, in dem sich das Raubwild aufhält. Sie kennen das Streifgebiet von Rudeln. Sie unterstützen den Herdenschutz. Sie stehen im Kontakt mit den Geschädigten, und vor allem sind es die kantonalen Wildhüter, die, falls es nötig ist, die Abschüsse zu tätigen haben. Ein Einschreiten der Wildhüterinnen und Wildhüter erfolgt nur dann, wenn Massnahmen zur Verhütung von Schäden alleine nicht mehr genügen.

Die Kantone stehen in der Pflicht, alle präventiven Massnahmen auszuschöpfen, bevor sie regulierend eingreifen. Wo sich Wolfsrudel bilden, wissen wir mittlerweile aus Erfahrung, dass sich Schäden nicht allein durch Schutzmassnahmen verhindern lassen. Die Wölfe lernen schnell, den Herdenschutz zu umgehen. Damit sie ihre Scheu gegenüber Siedlungen und Schutzzeinstellungen nicht verlieren, braucht es zu einem wirkungsvollen Herdenschutz auch die Möglichkeit einzelner Abschüsse.

Die Weidetierhaltung als ökologischste Tierhaltung muss in den Bergtälern auch in Zukunft möglich bleiben. Herden sind, wo das möglich und zumutbar ist, durch geeignete Massnahmen zu schützen; darin liegt der Beitrag der Landwirtschaft. Auch die Jäger haben sich mit den neuen Konkurrenten und den vorgefundenen Naturgegebenheiten zu arrangieren.

Das neue Gesetz schafft den Rahmen für ein langfristiges Nebeneinander von Mensch und Wolf. Es verdient unsere Zustimmung. Deshalb sage ich mit Überzeugung ja zum neuen Jagdgesetz!

Quelle: *Swissinfo* vom 31.7.2020

## Worum geht es beim Jagdgesetz?

von Monika Fry

So wie das Wappentier des Bündnerlandes, der Steinbock, in seinem Bestand reguliert wird, so soll gemäss neuem Jagdgesetz auch der Wolfsbestand reguliert werden können, damit die Berg- und Alpwirtschaft, das Wandern und vieles andere mehr weiterhin möglich sein werden. Wenn sich die Wölfe vermehren wie jetzt, besteht die Gefahr, dass viele Bauern ihren Betrieb aufgeben werden, weil sie dem Phänomen, dass sie ihre Tiere vor den Wolfsangriffen trotz Herdenschutzmassnahmen nicht schützen können, ausgeliefert sind. Die Bauern hängen an ihren Tieren, und es tut ihnen weh, die Tiere, die nach Wolfsangriffen nicht selten auch «erlöst werden müssen», schwer verletzt auf ihren Weiden anzutreffen. Im ersten Halbjahr 2020 hat es bereits 120 Nutztierisse im Kanton Graubünden gegeben, noch im Jahr 2016 waren es 50 im Jahr. Dies sind aber nur die Verluste der klar nachgewiesenen Fälle. Tiere, die fliehen, abstürzen, nicht mehr aufgefunden werden in Folge der Wolfsangriffe, sind nicht mitgezählt. In kurzer Folge wurden zwei weitere Wolfsrudel im Kanton Graubünden festgestellt, unweigerlich werden noch viele folgen. Was die

Aufgabe der Pflege der über Jahrhunderte kultivierten Berglandschaft bedeuten würde, kann sich wohl kaum jemand vorstellen. Wenn alles verbuscht, verschwinden schöne Bergwiesen und unser ausgiebiges Wanderwegnetz. Nur dank der ständigen Arbeit der Bauern und der Beweidung durch Schafe, Rinder und Ziegen stehen uns viele Zugänge in die Alpen überhaupt offen.

In längerer Perspektive bedeutet die Ausbreitung des Wolfes, dass neben dem Verlust von Alpweideflächen für die Sömmerungstiere durch die Verbuschung auch das charakteristische Kulturlandschaftsbild für Freizeit, Erholung und Tourismus sowie die pflanzliche und tierische Artenvielfalt verloren gehen. Selbst das BAFU sagt, dass bei Annahme des Jagdgesetzes die Wolfsbestände weiter wachsen werden. Es handelt sich also in keiner Weise um ein «Abschussgesetz», wie es die Umweltschutzverbände nennen, sondern um einen vernünftigen Eingriff, um ein Miteinander-Leben überhaupt zu ermöglichen.

So viele Tiere haben Wölfe allein im Kanton Graubünden innert wenigen Tagen getötet:



Amt für Jagd und Fischerei  
Uffizi da chatscha e pestga  
Ufficio per la caccia e la pesca

21.08.2020 Splügen: Wolf reisst 2 Schafe

In der Nacht auf den 20. August wurden 2 Schafe auf der Stutzalp durch einen Wolf gerissen. Die Herde war geschützt. Die gerissenen Schafe befanden sich ca. 700 m ungeschützt vom Pferch entfernt.

17.08.2020 Obersaxen/Mundaun: Wolf reisst 3 Schafe

Am 16. August wurden 3 Schafe auf der Alp Gren durch einen Wolf gerissen. Die Herde war geschützt. Die gerissenen Schafe befanden sich ca. 600 m ungeschützt vom Pferch entfernt.

17.08.2020 Medel (Lucmagn): Wolf reisst 2 Schafe

Am 16. August wurden 2 Schafe auf der Alp Gannartesch durch einen Wolf gerissen. Die Herde war geschützt. Die gerissenen Schafe befanden sich ca. 150 m – 400 m ungeschützt vom Pferch entfernt.

16.08.2020 Surses: Wolf reisst 1 Schaf

Am 15. August 2020 hat ein Wolf auf Ziteil 1 Schaf gerissen. Das Schaf befand sich ausserhalb der Einzäunung.

16.08.2020 Splügen: Wolf reisst 4 Schafe

Am 15. August wurden 4 Schafe auf der Stutzalp durch einen Wolf gerissen. Die Herde war geschützt. Die gerissenen Schafe befanden sich ca. 700 m ungeschützt vom Pferch entfernt.

15.08.2020 Pontresina-Val Roseg / Clavadels: Wolf nutzt 1 Kalb

Am 14. August wurde ein neugeborenes Kalb aus einer Mutterkuhherde stark genutzt aufgefunden. Die Nutzung geschah wahrscheinlich durch einen Wolf. Weitere Untersuchungen wurden eingeleitet.

15.08.2020 Vals: Wolf reisst 1 Schaf

In der Nacht auf den 15. August hat ein Wolf auf der Alp Calasa bei Vals 1 Schaf gerissen. Die Nutztiere waren geschützt. Das gerissene Schaf befand sich ausserhalb der Umzäunung.

## Jagdgesetz – die wichtigsten geplanten Änderungen

Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG), Änderung vom 27. September 2019 (Auszüge)

Art. 7a Regulierung geschützter Arten

1 Die Kantone können nach Anhören des BAFU eine Bestandsregulierung vorsehen für:

- Steinböcke: im Zeitraum vom 1. August bis zum 30. November;
- Wölfe: im Zeitraum vom 1. September bis zum 31. Januar;
- weitere geschützte Tierarten, die der Bundesrat als regulierbar bezeichnet.

2 Solche Regulierungen dürfen den Bestand der Population nicht gefährden und müssen erforderlich sein für:

- den Schutz der Lebensräume oder die Erhaltung der Artenvielfalt;
- die Verhütung von Schaden oder einer konkreten Gefährdung von Menschen; oder
- die Erhaltung regional angemessener Wildbestände.

3 Der Bund gewährt den Kantonen auf der Grundlage von Programmvereinbarungen globale Finanzhilfen an die Kosten für die Aufsicht und die Durch-

führung von Massnahmen zum Umgang mit Arten nach Absatz 1.

Art. 12 Abs. 2, 4, 5 und 6

2 Sie [die Kantone] können jederzeit Massnahmen gegen einzelne geschützte oder jagdbare Tiere, die verhaltensauffällig sind, Schaden anrichten oder eine Gefährdung von Menschen darstellen, anordnen oder erlauben. Mit der Durchführung dieser Massnahmen dürfen sie nur Jagdberechtigte und Aufsichtsorgane beauftragen. Gegen Verfügungen, die jagdbare Tiere betreffen, besteht kein Beschwerderecht [aber bezüglich Wölfen schon!mw] nach Artikel 12 des Natur- und Heimatschutzgesetzes vom 1. Juli 1966

4 Aufgehoben

5 Der Bund fördert und koordiniert die Massnahmen der Kantone zur Verhütung von Wildschaden, der verursacht wird durch:

- Grossraubtiere an Nutztieren;
- Biber an Bauten und Anlagen, die im öffentlichen Interesse liegen, und an Erschliessungswegen für Landwirtschaftsbetriebe oder an Uferböschungen, die für die Hochwassersicherheit von Bedeutung sind;

c. Fischotter in Fischzuchtanlagen.

6 Er kann gegen Entgelt öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Private mit dem Vollzug der Aufgaben nach Absatz 5 beauftragen.

Art. 13 Abs. 4 und 5

4 Bund und Kantone beteiligen sich an der Vergütung von Schaden an Wald, landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren, den Tiere bestimmter geschützter Arten verursachen, soweit die zumutbaren Massnahmen zur Verhütung von Wildschaden getroffen worden sind. Der Bundesrat bestimmt nach Anhören der Kantone diese geschützten Tierarten und die Voraussetzungen der Entschädigungspflicht.

5 Bei Schaden, den Biber verursachen, beteiligen sich Bund und Kantone zusätzlich zu Absatz 4 auch an der Vergütung von Schaden an Bauten und Anlagen, die im öffentlichen Interesse liegen, an privaten Verkehrsinfrastrukturen sowie an Uferböschungen, wenn durch deren Schädigung die Hochwassersicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Entschädigungen werden nur ausgerichtet, soweit die zumutbaren Massnahmen zur Verhütung von Wildschaden getroffen wurden.

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Aus-

zügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von

Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung

der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

# Volksrepublik Donezk: Der Weg eines nicht anerkannten Staates ausserhalb der Grenzen des Globalismus

von Miroslava Dimitrova\*



Miroslava Dimitrova  
(Bild ODDR)

Um Mitternacht des 27. Juli 2020 begann in Donbass ein vollständiger und umfassender Waffenstillstand, den die Ukraine, Russland und die OSZE innerhalb der Trilateralen Kontaktgruppe vereinbart hatten. Der Waffenstillstand muss bis zur vollständigen Beilegung des bewaffneten Konflikts im Osten der Ukraine eingehalten werden. Die Volksrepublik Donezk (DVR) nannte diesen Schritt einen Durchbruch. Russland reagierte auch positiv auf die Aushandlung der Massnahmen. Zum ersten Mal wurde diese Vereinbarung auch seitens der Ukraine unterzeichnet.

Ist die Erfüllung der Minsker Abkommen das Endziel, das die Republiken in Donbass wirklich anstreben? Was für eine Vision für ihre Zukunft haben sie? Über diese und andere Themen führten wir in Donezk Gespräche mit dem Leiter des Zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung «Republik Donezk», Alexei Muratow, mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung der DVR, Alexei Polowjan, und mit dem Vorsitzenden der Volkskammer, Alexander Koffman.

Die Volksrepublik Donezk erklärte sich im Jahre 2014, nach dem im selben Jahr abgehaltenen nationalen Referendum, zur unabhängigen Republik. Seitdem befindet sie sich in einer internationalen politischen Wirtschaftsblockade und Isolation. Obwohl die Republik ihre eigene Verfassung nach dem Prinzip der Volksherrschaft geschaffen und mit dem Aufbau ihres eigenen sozialen Systems begonnen hat, erkennt die Weltgemeinschaft ihre Wahl

nicht an. Trotz der Tatsache, dass die Republik alle Merkmale staatlicher Kontrolle über das Territorium, ein Verwaltungssystem mit einem effizienten Staatsapparat und eine de facto Souveränität besitzt, erhält sie keine internationale diplomatische Anerkennung und kann dadurch de jure kein Subjekt der internationalen Beziehungen werden. Wie im Fall der anderen postsowjetischen nicht anerkannten Staaten nimmt die internationale Gemeinschaft eine harte Haltung ein und setzt das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen über das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts.

**Der sozioökonomische Aufschwung der Volksrepublik Donezk**

Die Volksrepublik Donezk hat trotz internationaler Isolation und anhaltendem Militärkonflikt während ihres sechsjährigen Bestehens nicht nur ihre Rechtsstaatlichkeit mit unabhängigen Institutionen und Gewaltenteilung etabliert, sondern auch eine Volkswirtschaft entwickelt, die auf den Grundsätzen des Sozialstaates beruht, eine Entwicklung, die die nicht anerkannte Republik zu einem Pionier des heutigen Widerstands gegen den Globalismus macht.

## Der sozioökonomische Aufschwung der Volksrepublik Donezk

Das politische Regierungsmodell der Volksrepublik ist demokratisch, aber ohne Beteiligung von Parteien. Es ist ein Nationalstaat, der ausserhalb des Systems des Globalismus trotz Krieg mit wirtschaftlichen Erfolgen funktioniert.

**Politisches Modell der Volksrepublik Donezk**

Gemäss der am 14. Mai 2014 verabschiedeten Verfassung ist die Volksrepublik Donezk eine demokratische rechtsstaatliche soziale Republik. Die Regierungsform kann als Präsidialrepublik bezeichnet werden. In der DVR existieren keine aktiven politischen Parteien. Die Funktionen der politischen Parteien werden von gesellschaftlichen Organisationen wahrgenommen. Die grössten davon sind zwei – die «Republik Donezk» und der «Freie Donbass».

## Politisches Modell der Volksrepublik Donezk

Der Vorsitzende der Bewegung «Republik Donezk» ist das Staatsoberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin. Die Rolle

der gesellschaftlichen Bewegungen im politischen Leben der Republik wird von Alexei Muratow, dem Leiter des Zentralen Exekutivkomitees der öffentlichen Bewegung «Republik Donezk», im Gespräch wie folgt beschrieben.

*Miroslava Dimitrova: Herr Muratow, würden Sie kurz das Regierungsmodell der DVR für uns erläutern? Im modernen Europa ist uns eine Regierung ohne Teilnahme politischer Parteien nicht bekannt. Was sind die Vorteile dieses Modells gegenüber dem politischen Modell der liberalen Demokratie?*

Alexei Muratow: Wofür existieren politische Parteien? Politische Parteien kämpfen hauptsächlich um die Macht. Wir brauchen keine Macht. Die öffentliche Bewegung unterscheidet sich von den politischen Parteien darin, dass es sich um eine Vereinigung von Menschen handelt, die sich zusammengeschlossen haben, um eine gemeinsame Lösung für die Ziele und Aufgaben der Gesellschaft zu finden. Gesellschaftliche Bewegungen entstanden 2014, als wir uns vereinten, um zu entscheiden, was unser zukünftiger Weg sein sollte. Dies war die Zeit, als der Militärputsch und der Maidan stattfanden. Die Leute traten an die Öffentlichkeit und entschieden, dass unsere Zukunft, unser Weg die Integration in die Russische Föderation sein sollte. Heute hat die gesellschaftliche Bewegung «Republik Donezk» mehr als 210 000 Aktivisten, das sind vor allem Menschen mit einer aktiven Lebensposition, die mit ihren eigenen Händen Ordnung schaffen, den Staat aufbauen und Brücken zur Russischen Föderation bauen, entsprechend den Entscheidungen, die wir 2014 getroffen haben.

*Haben Sie ein Vorbild, ein Beispiel aus der Vergangenheit, das Sie nachahmen möchten, oder ist das Regierungsmodell der Republik der erste Pionier in der Weltgeschichte?*

Es gibt genug Beispiele für eine Volksherrschaft. Heute haben wir eine Volksrepublik. Gemäss der Verfassung ist das Volk die Quelle der Macht. Innerhalb der Bewegung haben wir eine Vielzahl von Aktivi-

täten, aber vor allem geben wir den Leuten die Werkzeuge der Selbstregulierung, d. h. das Instrument der Demokratie. Wir haben auch interessante Projekte wie die Volkskontrolle, bei denen die Menschen selbst die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und die Behörden zu kontrollieren. Wir arbeiten mit allen Kategorien von Bürgern – mit älteren Menschen sowie mit Jugendlichen, mit Studenten, mit Soldaten, mit allen anderen Kategorien zusammen. Wir haben eine Verfassung und demnach kommt die Macht, die Regierung, vom Volk. Im Westen liegt die Macht in den Händen der politischen Parteien, so dass das Volk nicht im Mittelpunkt der Entscheidungen steht. Politische Parteien vertreten die Interessen bestimmter Kategorien in der Gesellschaft. Dort werden die Entscheidungen in den Kreisen der Führung getroffen. Wir haben eine gesellschaftliche Bewegung. In unserem Land beteiligen sich alle Bürger an der öffentlichen Organisation und können in allen Fragen aktiv Entscheidungen treffen.

## Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik

Die Volksrepublik Donezk ist ein industriell hoch entwickeltes Land. Die Ereignisse der letzten Jahre haben zu einem starken Rückgang der Industrieproduktion geführt. Probleme im Zusammenhang mit der Zerstörung der Infrastruktur und dem Mangel an Betriebskapital behindern die technologische Entwicklung der Wirtschaft. Gleichzeitig bleiben jedoch die metallurgische Industrie, die Herstellung von Koks und Koksprodukten, die Herstellung bestimmter Arten von technischen Produkten, die Lebensmittelindustrie, die chemische Industrie und bestimmte Arten von Baumaterialien wettbewerbsfähig. Im Jahr 2019 verzeichnete die Republik nach einer Reihe von Wirtschaftsindikatoren ein Wirtschaftswachstum.

Die Volksrepublik Donezk ist ein Sozialstaat. Gesundheit und Bildung sind kostenlos, Bodenschätze und landwirtschaftliche Flächen gehören dem Staat und den Gemeinden. Die internationale Wirtschaftsblockade ist ein Hindernis für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Es werden jedoch Anstrengungen unternommen, um das Wirtschaftswachstum zu steigern, ausländische Investoren für die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Erhaltung und den Aufbau der Infrastruktur sowie die Entwicklung des Landes zu gewinnen.

Wir haben mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung der DVR, Alexei Polowjan, über die Pläne für die Entwicklung der Wirtschaft der Republik gesprochen.

*Welche Hauptziele wurden in der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung der DVR gelegt?*

Alexei Polowjan: Unter den heutigen Bedingungen ist das Hauptziel der Republik, das Wohlergehen der Bevölkerung zu verbessern. Es sollte erwogen werden, die Produktivität der Wirtschaft zu steigern, Humankapital, innovative, technologische und natürliche Ressourcen für die Produktion von Waren und Dienstleistungen effizient einzusetzen, die Probleme der Modernisierung der Produktion zu lösen und die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft der Republik als wichtigste Quelle des Wachstums der Wettbewerbsfähigkeit der DVR-Wirtschaft sicherzustellen.

*Wo ist die Rolle des Sozialstaates in der Volkswirtschaft der DVR?*

Die Idee des Sozialstaates steht im Mittelpunkt der Bildung unserer Republik, und dies wird bestätigt durch:

– stabile Tarife für Wohnraum und kommunale Dienstleistungen für die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren;

– eine Erhöhung des Durchschnittslohns um mehr als das Zweifache gegenüber 2016, einschliesslich des Lohns der Arbeitnehmer in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen.

## «Die LVR\* und DVR\*\* haben eine Chance verdient»

zf. Wir baten einen Schweizer Experten für die Situation in der Ukraine und im Donbass um einen Kommentar zum Text von Miroslava Dimitrova. Er formulierte für uns die folgenden Punkte:

- «Versprechen, den in Minsk ausgehandelten Waffenstillstand einzuhalten, gab es in der Vergangenheit mehrere, und sie wurden kaum je während mehr als zwei Wochen beachtet. Das neue Bekenntnis vom 27. Juli hält nun schon mehr als drei Wochen. Dass auch die ukrainische Armee für Brüche des Waffenstillstands verantwortlich ist, steht ausser Zweifel. Mit Hinweis auf die unsichere Sicherheitslage hatte aber Kiew immer die Umsetzung der politischen Bestimmungen der Minsker Abkommen herausgezögert. Jetzt kommt Selenski unter Zugzwang.
- Das Fehlen von politischen Parteien in der Donezker Volksrepublik ist die Folge des tiefen Misstrauens gegen das etablierte Parteiensystem, das in der Ukraine schon weit vor 2013 entstand. Die allgegenwärtige Korruption und der Politzirkus der Oligarchen waren die Ursache dafür und existieren bis heute. So gibt es auch Kräfte, die für eine direkte Demokratie plädieren. Alexander Sachertschenko, ehemaliger Präsident der DVR und Ende August 2018 bei einem Attentat ums Leben gekommen, hatte Sympathien hierfür gezeigt.
- Der Donbass ist sehr reich an Bodenschätzen, namentlich Kohle und Stahl.

Es ist auch viel Know-how im Bereich Metallurgie vorhanden, namentlich in der Herstellung von hochentwickelten Legierungen. Ausserdem ist der Maschinenbau eine starke Branche. Die Menschen im Donbass kritisierten schon vor 2013, dass ihre Region einen beachtlichen Teil der Steuereinnahmen der Ukraine erwirtschaftete, dass das Gros der Finanzmittel aber in die Westukraine fliessen und die Infrastruktur im Donbass vernachlässigt werde. Mittlerweile ist ein Grossteil der Wirtschaftsbetriebe stark sanierungsbedürftig und unrentabel. Die Zerstörung von Industrie und Gewerbebetrieben ist ein Teil der Kriegführung der Ukraine gegen den Donbass geworden. Die totale Wirtschaftsblockade der Ukraine gegen die Volksrepubliken von Donezk und Lugansk hemmen die wirtschaftliche Entwicklung stark.

- Insbesondere die Stadtteile Petrovski und Trudovski im Südwesten der Stadt Donezk, die rund um eine Reihe von Bergwerken entstanden, waren bis zum 27. Juli 2020 fast täglich unter Artillerie-Beschuss. Die routinemässig kolportierte Behauptung der ukrainischen Regierung, die Rebellen würden ihre eigenen Wohngebiete beschliessen oder eine angebliche dritte Seite sei dafür verantwortlich, wurde nie glaubwürdig untermauert.
- Der Beschuss von Wohngebieten, der Unterbruch der Wasser- und Stromversorgung, Hexenjagden gegen «unpatriotische Elemente» und andere Massnahmen der ukrainischen Regie-

rung machen eine Rückkehr der Volksrepubliken unter ukrainische Kontrolle sehr unrealistisch. Das korrupte und politisch bestimmte Justizsystem der Ukraine lässt ferner Angst aufkommen, jedermann aus den Rebellenrepubliken könnte jederzeit aus politischen Gründen festgenommen und vor einen Richter gezerrt werden. Die katastrophale Menschenrechtsbilanz der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden spricht hier für sich.

- Die ukrainische Armee bewegt sich mit ihrer Kampfführung im Donbass täglich hart an der Grenze zu Kriegsverbrechen. In einzelnen Fällen sind Kriegsverbrechen auch belegbar. Schläge gegen Betriebe zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern lassen auch den Verdacht des systematischen Kriegs gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken aufkommen. In diesem Licht betrachtet, ist es schwer verständlich, wie der Westen heute Selenski hofiert und in der Vergangenheit auch Poroschenko hofierte.
- Ob die Volksrepubliken von Donezk und Lugansk (DVR und LVR) in ihrem Bemühen um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und anderes mehr, sowie im Kampf gegen Korruption, Kriminalität und andere Übel besser abschneiden als die Ukraine ist mangels Informationen aus dem Land kaum schlüssig zu beantworten. Allerdings liegt in diesem Vergleich die Messlatte nicht eben hoch. Die LVR und DVR haben eine Chance verdient.»

\* Volksrepublik Lugansk

\*\* Volksrepublik Donezk

«Volksrepublik Donezk ...»

Fortsetzung von Seite 6

Darüber hinaus plant die Führung der Republik, das Wohlergehen der Bevölkerung weiter zu verbessern. Ab diesem Jahr sollen die Gehälter von Beschäftigten des öffentlichen Sektors, Rentnern und anderen sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen schrittweise erhöht werden.

In der Republik wird auch jungen Menschen viel Aufmerksamkeit geschenkt und ihnen ist das Recht auf Hochschulbildung garantiert.

Die Republik demonstriert auch die Funktionen eines Sozialstaates in ihrem Programm für humanitäre Hilfe und Umweltschutz für die von der Ukraine kontrollierten Donbass-Regionen. Kostenlose medizinische und pädagogische Dienstleistungen werden angeboten, Leistungen werden an Veteranen und getrennte Familien gezahlt, Invalide, Kinder mit Behinderungen und ihre Familien werden unterstützt.

Das Menschenkapital ist eine wichtige Ressource des nationalen Reichtums und eine Quelle positiver staatlicher Transformation. Die Volksrepublik Donezk befindet sich in einer aktiven Phase des Wiederaufbaus von Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft und der Erhöhung der Produktionsraten.

Positive Veränderungen werden gerade auf Grund des hohen Arbeits- und intellektuellen Potentials unserer Bewohner, ihrer Liebe zu ihrem Heimatland und des Wunsches, den Reichtum des Donbass zu erhalten und zu vergrößern, ermöglicht.

Leben in Krisenzeiten

Am 12. Februar 2020 sind fünf Jahre seit der Unterzeichnung der Minsker Abkommens, Minsk II, vergangen. Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Vorschläge zur Lösung des Konflikts im Donbass wie die Steinmeier-Formel und die Münchner Resolution diskutiert. Anfang dieses Jahres wurden die Situation in der Region und die Fortschritte der Minsker Abkommen im UN-Sicherheitsrat erörtert, und es gab Gespräche im Normandie-Format – Russland, Deutschland, Frankreich, Ukraine. Am 21. Juli wurde auf beiden



Bergleute in der Kohlengrube Zasljadko. (Bild ODDR)

Seiten ein weiteres Waffenstillstandsabkommen erzielt.

Während meines Aufenthalts in Donezk sind aber täglich Beschüsse von der Frontlinie, die sich etwa 5 km von der Stadt entfernt befindet, zu hören. Die Stadt selbst ist ruhig und sicher, aber die täglichen Nachrichten von der Front sowie die Berichte der OSZE zeigen, dass kein Tag ohne Beschuss und Beschädigung von Häusern, Infrastruktur, Verletzungen von Zivilisten und Soldaten vergeht.

Auf die Frage nach der Wirksamkeit des Minsker Abkommens antworteten unsere Gesprächspartner wie folgt:

*Alexei Muratow:* Für uns sind die Minsker Abkommen in erster Linie eine zivilisierte Scheidung von der Ukraine. Wir haben unsere Wahl bereits 2014 getroffen. Um in allen anderen Ländern Anerkennung zu finden, gibt es heute den Standort in Minsk. Mit diesem Algorithmus bestätigen wir unser Selbstbestimmungsrecht und unsere Entscheidung, die wir 2014 getroffen haben. Unsere Wahl ist Russland.

*Alexander Koffman:* Haben Sie die Explosion heute Morgen gehört? Das ist der Ton der gegenwärtigen ukrainischen Regierung.

Während der Zeit der Führung Selenskis gibt es in der Bevölkerung mehr Opfer als in derselben Periode des letzten Jahres unter der Führung Poroschenkos. Deshalb glaube ich nicht an die friedliche Rhetorik der Ukraine, und ich glaube nicht, dass wir uns auf irgend etwas mit ihnen einigen können. Selenski ist eine Marionette, er trifft keine unabhängigen Entscheidungen. Er hatte alles: die höchste Vertrauensquote von 72%, die Mehrheit in der Werchowna Rada, eine von ihm gebildete Regierung, alles. Er könnte den Krieg beenden. Aber er tat es nicht. Daher können wir Selenski nicht als Gegenstand internationaler Prozesse betrachten.

Die Minsker Abkommen wurden 2014 benötigt, weil sie den Vormarsch der ukrainischen Truppen stoppten und die Massenverluste der Zivilbevölkerung beendeten. Die Umsetzung der Minsker Abkommen für die Ukraine ist jedoch nicht möglich, da dies zu einem vollständigen Abbau der Ukraine führen würde.

Die Wahl von Donbass

Die Zahl der nicht anerkannten Länder der Welt wächst, und in derselben Zeit mangelt

es in der internationalen Gemeinschaft an aktiven Diskussionen, um das Problem zu lösen. Wird die Volksrepublik Donezk zu einem zentralen Anziehungspunkt für die anti-globalistischen Kräfte der Welt und ein Präzedenzfall für die erste anerkannte selbsternannte Republik? Laut dem Vorsitzenden der DVR Volkskammer, Alexander Koffman, ist Europa aufgefordert, die Wahl der DVR anzuerkennen: «Der Einsatz unkonventioneller Waffen wie Gas, Atomwaffen und Phosphorbomben ist weltweit verboten. Angesichts des Verlusts Europas durch den Nationalsozialismus vor 75 Jahren bin ich überzeugt, dass Europa niemals zu dieser Art von Waffen zurückkehren würde, aber wir müssen klar verstehen, dass die Ukraine diese Art von Waffen einsetzt – Völkermord gegen das eigene Volk. Und so lange Europa oder die USA das nicht bemerken und es nicht als kriminell betrachten, werden sie Kriminelle gegen die Menschlichkeit sein.»

Ein grosser Teil der DVR-Bevölkerung besitzt bereits russische Pässe, Russisch ist die offizielle Amtssprache in der Republik, und die Zahlungseinheit ist der russische Rubel. Die Wahl von Donezk ist Russland, und das Land hat diesen Weg gezielt eingeschlagen. Donbass hat seine Zugehörigkeit zum russischen Einflussbereich selbst bestimmt. Während das russische Wertesystem auf Prinzipien wie historische Kontinuität der Generationen, Bewahrung, Verbreitung und Entwicklung der nationalen Kultur, Erziehung zum Patriotismus, demokratischer, sozialer Staat basiert, sind für einen Grossteil Europas diese Werte bereits vergessen.

Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand sind im Gange, aber das Wesentliche bleibt die Anerkennung der Wahl der Zivilisationszugehörigkeit eines Volkes. Eine Wahl, die eine umgekehrte Integration in ein proliberales und globales politisches und wirtschaftliches System, wie es derzeit in der Ukraine herrscht, unmöglich macht. Ob Europa die Wahl der Menschen in Donezk akzeptieren wird, ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Aber der Erfolg dieser nicht anerkannten Republik kann ein Schritt nach vorne beim Sieg über den Globalismus in der Welt werden.

LESER BRIEFE

Ein Lehrstück in Sachen «Lückenpresse»

Vor kurzem hat das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), ein Tochterunternehmen der Madsack-Mediengruppe aus Hannover, das sich mit 200 Mitarbeitern als ein überregionales Nachrichtenportal versteht, ein Lehrstück in Sachen «Lückenpresse» geliefert. Zur Vorgeschichte: Bei den schweren Unruhen in Portland, Oregon, wurden Geschäfte geplündert, Schaufensterscheiben und Waren zerstört, Geschäftsinhaber, die ihr Eigentum schützen wollten, auf die Strassen gezerrt und geschlagen. Die Zentralregierung griff lange nicht ein und zog sich auf den Standpunkt zurück, dass nur lokale Ordnungskräfte in Oregon agieren dürften. Schliesslich wurden Spezialkräfte ohne Hoheitszeichen entsandt, welche die Randalen beendeten.

Ein RND-Mitarbeiter hatte nun offenbar Leserbriefe in der «Los Angeles Times» gelesen, die sich mit dem Thema befassten. Ein Leser<sup>1</sup>, David L. McDaniel aus Capistrano Beach, schrieb: «Die Zerstörung fremden Eigentums ist kein friedlicher Protest. Es ist Randalen. [...] Ich unterstütze das Recht, sich friedlich zu versammeln, aber [...] als ein US-Bürger habe ich es satt und bin angewidert davon, wie diese Schläger von Lokalpolitikern hofiert werden. Appeasement funktioniert nicht. [...]» Als geschichtsinteressierter Deutscher mag man sich bei solchen Schilderungen an die Novemberpogrome von 1938 erinnern, bei denen die Polizei ebenfalls tatenlos zusah, wie Männer, meist in SA-Uniformen, schwerste Gewalt- und Zerstörungsdelikte verübten. Henryk M. Broder, der diese Parallele nach den etwa zeitgleich stattfindenden Ausschreitungen in Stuttgart zog, wurde allerdings heftig attackiert und mit Goebbels verglichen («... hat das Zeug zum Reichspropagandaleiter usw.»).

Ein zweiter Leserbrief<sup>2</sup> in der «Los Angeles Times», von Lois Winsen, San Diego, stellte fest: «Ich bin alt genug, um mich zu erinnern, wie Hitler seine Schläger in Lederstiefeln losschickte, um zu verüben, was wir heute Pogromnacht nennen. Die Welt sah mit Entsetzen, wie Juden auf die Strassen gezogen und geschlagen wurden. [...] Nun macht das Weisse Haus etwas Ähnliches – es werden Spezialtruppen der Zentralregierung geschickt, um Verwüstungen anzurichten und Chaos zu stiften! [...]»

Das RND rief nur bei der Schreiberin des zweiten Leserbriefs an und machte aus dem Telefonat einen Artikel, der unter dem Titel «94 Jahre und besorgt wie nie: Die Warnungen der alten Mrs. Winsen» von mehreren Lokalzeitungen, u. a. in Kiel, Lüneburg und Weißwasser in Sachsen, abgedruckt wurde. Dass durch die Weglassung des ersten Leserbriefs eine inhaltlich völlig falsche Nachricht entsteht und der Eindruck vermittelt wird, Trumps Spezialtruppen hätten, wie seinerzeit die SA, Geschäfte geplündert und zerstört und Menschen angegriffen, war offenbar genau so gewollt! Auch unausgewogene Berichterstattung kann einen bestimmten Zweck bedienen.

Hansjörg Rothe, Leipzig

<sup>1</sup> To the editor: Destroying property is not a peaceful protest. It is rioting. If anything, the federal government has held back in its response to the rioting in Portland and other cities where there is no longer civil discourse. I support the right to peacefully assemble but not to destroy people and property. As a U.S citizen, I am tired and disgusted with the coddling of these rioters by local politicians. Appeasement never works. It is seen as weakness by anarchists. Remember, feeding the tiger never works because the tiger eventually comes for you. (David L. McDaniel, Capistrano Beach)

<sup>2</sup> To the editor: I am old enough to remember when Hitler sent his jackbooted thugs out on what became known as Kristallnacht. The world watched in horror as Jews were dragged out into the streets and beaten. Hitler's purpose was to create chaos and discrimination, to flex the muscles of the right-wing fascists who made up his base, and to stay in power. Now the White House is doing something similar: sending out specialized federal units to

wreak havoc and create chaos and discrimination and flexing the muscles of Trump's own white-supremacist base. It is unspeakable that this travesty is allowed to remain. First he came for the immigrants from Mexico. Then he came for refugees from the Middle East and Central America. Now he's coming for cities with Democratic leadership. Whose freedoms will come under attack next? (Lois Winsen, San Diego)

Die leidvolle Gemeinschaftswährung Euro

Den Artikel von Professor Hamer in Zeit-Fragen Nr. 16 vom 28. Juli 2020 möchte ich hiermit noch durch einige Gedanken untermauern.

Der gemeinsame Anleihekauf der 27 EU-Staaten in Höhe von 750 Mia. Euro verdeutlicht uns immer mehr, wie demokratiefremd dieses Politbüro in Brüssel ist. Denn die Zentrale Brüssel will natürlich wissen, wie die Gelder zukunftsorientiert beziehungsweise mit den richtigen politischen Prioritäten in den jeweiligen Ländern investiert und anschliessend kontrolliert werden. Es sind Länder, die samt ihrer Bürger von Estland bis Portugal oder von Irland bis Griechenland von Brüssel weit entfernt sind.

Der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, setzt noch eins obendrauf und sieht die EU auf dem Weg zum Bundesstaat. Einzelne Länder seien nicht mehr selbst in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. Ins gleiche Horn stösst Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und begrüsst die Anleihekäufe als einen Schritt in Richtung Fiskalunion (so die «Oberbergische Volkszeitung» vom 22. Juli 2020).

All dies zeigt uns, dass die EU die Corona-Krise instrumentalisiert, um die Souveränität der Nationalstaaten auszuhöhlen.

Europa ist ein Kontinent mit vielen, sehr unterschiedlichen Ländern. Die Bürger dieser Länder haben sich zu 27 unterschiedlichen Staaten verfasst. Es ist das natürliche Recht von Menschen mit gleicher Kultur, Tradition, Geschichte und Sprache oder auch einem gemeinsamen Willen, sich zu einem Gemeinwesen in Form eines Rechtsstaates, einer Republik zusammenzuschliessen und sich jeder Herrschaft von aussen zu verwehren. Zur Souveränität eines demokratischen Rechtsstaates gehört auch die Budgethoheit in eigener Verantwortung als das Königsrecht nationaler Parlamente.

Vor allem, aber nicht nur in den Südländern entstanden schon lange vor der Corona-Pandemie schwerwiegende Strukturprobleme wie Überschuldung öffentlicher Haushalte, hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Dies wurde erzeugt durch die leidvolle Gemeinschaftswährung des Euro, einhergehend mit Gemeinschaftsverschuldung. Wären die nationalen Währungen beibehalten worden, hätte beispielsweise Griechenland die Möglichkeit gehabt, über die Abwertung der Drachme aus eigener Kraft seine Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen.

Werner Voß, Wiehl (DE)

# Hiroshima und Nagasaki

## Zum 75. Jahrestag des atomaren Horrors

von Manuel García Fonseca, Spanien

Vor einigen Monaten kam ein in Hiroshima lebendes japanisches Ehepaar zu uns nach Hause. Es begleitet ehrenamtlich Besucher in das Museum und zum Stadtzentrum, wo sich eine der grössten Greuelthaten des 20. Jahrhunderts abgespielt hat. Es war ein Erlebnis, einige Tage mit Überlebenden aus Hiroshima zu verbringen, die das Grauen zeigen und die physische, aber vor allem die moralische Regeneration der Bewohner von Hiroshima unterstützen. Sie vergessen nicht, sie informieren, und sie tun dies mit einer Gelassenheit und einer moralischen Grösse, die ansteckend ist. Der Frieden soll es unmöglich machen, dass sich das Grauen wiederholt.

Jedes Jahr am Jahrestag wird der Geschehnisse in Hiroshima und Nagasaki gedacht, und es werden emotionale Veranstaltungen organisiert, um der Opfer zu gedenken – als ob alles ein Unfall der Geschichte gewesen wäre. Dabei wird vergessen, dass es sich um eine vorsätzliche Handlung handelte, die in vollem Wissen um den Schaden, den sie anrichten würde, und unter absoluter Missachtung des menschlichen Leids begangen wurde. Die Vereinigten Staaten haben diesen ungeheuren Terrorakt gerechtfertigt, indem sie den Japanern die Schuld zugewiesen und die Tat als notwendiges Übel für eine bessere Zukunft dargestellt haben. Allerdings waren weder die Menschen, die sich in ihren Häusern befanden, schuldig, noch wurde eine bessere Welt erreicht; im Gegenteil, Millionen von Menschen hat es schrecklichen Schmerz und unnötiges Leid gebracht, und manche von ihnen leiden noch immer unter den Folgen und sterben an den Spätfolgen der Verstrahlung.

Wenn ich die üblichen Kommentare in den Medien lese und höre, finde ich sie so voreingenommen und wenig einleuchtend, dass ich mich verpflichtet fühle, andere, absolut anderslautende Auffassungen zu vertreten.

Ich hatte das Glück, den amerikanischen Historiker Gabriel Jackson bei einem Besuch in Gijón zu treffen und zu hören, wie er eines seiner interessantesten und am besten belegten Bücher kommentierte: «Zivilisation und Barbarei im Europa des 20. Jahrhunderts». Ich fand seine Überlegungen zu diesem schrecklichen Ereignis sehr wich-

tig. Sie brachten mich dazu, eine ganz andere Sichtweise einzunehmen als die heute vorherrschende, die von den US-Regierungen vertreten wurde und wird.

Als erstes ist auffallend, dass die Medien über den Jahrestag von Hiroshima sprechen, aber kaum erwähnen, dass drei Tage später die zweite Atombombe auf die Zivilbevölkerung von Nagasaki abgeworfen wurde, ohne der japanischen Regierung auch nur die geringste Chance zu geben, ihre Position angesichts einer so beispiellosen grauenhaften Handlungsweise zu überdenken.

Für Jackson waren die barbarischsten Taten des Jahrhunderts die von Nationalsozialismus und Stalinismus verübten sowie die beiden Atombomben, die auf Städte abgeworfen wurden. Die grausame Atomwaffe wurde absichtlich gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, um die grösstmögliche Wirkung zu erzielen, d. h. die grösstmögliche Zahl ziviler Todesopfer (heute sind es bereits mehr als zwei Millionen Menschen), um möglichst weitreichenden Schrecken zu erzeugen. Jackson nimmt eine detaillierte kritische Analyse der verschiedenen offiziellen Rechtfertigungen für diesen Völkermord vor und zeigt alternative Möglichkeiten eines abschreckenden nuklearen Einsatzes auf, den man ohne zivile Opfer hätte durchführen können. Die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation, die den Amerikanern als Rechtfertigung für den Einsatz der Atombombe diente, hinderte die Vereinigten Staaten nicht daran, schlussendlich doch die Hauptbedingung zu akzeptieren, auf der die Japaner bestanden hatten: dass der Kaiser nicht zur Abdankung gezwungen und dass er nicht als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollte. Wäre diese Bedingung vorher akzeptiert worden, hätte die japanische Regierung auch ohne den Atombombenabwurf kapituliert.

Dem amerikanischen Volk die Schuld für eine solche Entscheidung zu geben, wäre jedoch unfair und falsch. Die amerikanische Demokratie wird, wie Eisenhower selbst warnte, vom militärisch-industriellen Komplex dominiert. Ich zitiere die beeindruckenden Gedanken, mit denen Jackson seine Analyse beendet:

«Für mich als Amerikaner, der damals als Militärkartograph diente, schien es ein

«Kriegsverbrechen» zu sein, und in dem (mehr als) halben Jahrhundert seither habe ich nie eine überzeugende Erklärung dafür gelesen, warum ein Test nicht in einem unbewohnten oder dünn besiedelten Gebiet durchgeführt werden konnte, um Menschenleben, und nicht nur die von amerikanischen Soldaten, zu retten. Unter den besonderen Umständen des August 1945 zeigte der Einsatz der Atombombe, dass ein aus psychologischer Sicht ganz normaler, in demokratischen Wahlen gewählter Regierungschef in der Lage war, die Waffe genau so einzusetzen, wie es der Nazi-Diktator auch getan hätte. Niemand, der sich mit den moralischen Unterschieden im Verhalten verschiedener Regierungssysteme beschäftigt, kommt um den Gedanken herum, dass die Vereinigten Staaten mit dem Abwurf der Atombomben den Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie verringert haben.»

Eine zweite Beobachtung zu den zentralen Auffassungen, die in offiziellen und herrschenden Leitmedien verbreitet werden, ist die der Gefährdung der Menschheit durch den möglichen Einsatz von Atomwaffen durch andere Länder, insbesondere solche der Dritten Welt. Es ist die Rede von der atomaren Gefahr, die davon ausgeht, dass Russland, Pakistan, Indien oder vor allem Nordkorea oder Iran im Besitz der Atomwaffe sind. Das Land, das unabhängig von internationalen Vereinbarungen am meisten mit dem Einsatz der Atomwaffe droht, nämlich Israel, wird nicht oft genannt. Und es wird nichts gesagt über die Ansichten und Neigung hoher politischer und militärischer Funktionäre in den Vereinigten Staaten, die Kernwaffe sogar als Abschreckungsmittel einzusetzen. Und vor allem wird diejenige Regierung, die bewusst und vorsätzlich die Entscheidung getroffen hat, den entsetzlichen Völkermord zu begehen, weder rechtlich noch moralisch zur Verantwortung gezogen.

Es reicht nicht aus, der Opfer zu gedenken; man kann auch den Henkern nicht vergeben, solange sie weiterhin das nicht zu Rechtfertigende rechtfertigen, solange sie die Opfer nicht um Vergebung bitten und das Schreckliche und Unnötige ihrer Taten anerkennen. Für die Zukunft von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden.

(Übersetzung aus dem Spanischen Zeit-Fragen)



ISBN 978-3-85252-643-0

### Atombombenopfer (Gedicht der Mutter)

6. August 1945, 8 Uhr 15.

Wir waren zu viert,  
der vierjährige Masahiro,  
die zweijährige Sadako,  
Grossmutter und ich.

Der Fliegeralarm war um 7 Uhr 30  
zurückgenommen worden,  
erleichtert hatten wir uns zum Frühstück  
niedergelassen.

Ein blendender Blitz.  
Die Druckwelle erschütterte das Haus,  
die Wände stürzten krachend ein,  
enorme Staubwolken im Zimmer,  
wir konnten nichts mehr sehen.  
Ich rief nach meinen Kindern.  
Masahiro krabbelte vom Esstischchen zu mir her.  
Sein Kopf blutübergossen.

Wo ist Sadako?  
Sadako war nicht zu sehen.  
Verzweifelt suchte ich sie, folgte ihrer brüllenden  
Stimme.

Sadako war einfach weggeblasen,  
auf die Kohlenschachtel geschleudert worden.  
Sie schluchzte krampfhaft, aber war ohne eine  
Schramme.

In der linken Hand der Grossmutter steckte ein  
Esstischchen.

Ah, wir sind alle am Leben!\*

Lass uns fliehen! Schnell, Grossmutter! Wir liefen  
aus dem Haus.  
Draussen, die ganze Stadt brannte,  
ich nahm die beiden Kinder an der Hand,  
den Sack auf die Schulter,  
und ich rannte mit Grossmutter wie verrückt  
auf den eingeebneten Dächern  
Richtung Ota-Fluss.

Wir liefen und liefen,  
wichen den Leuten aus,  
Leute, die tot unter den eingestürzten Häusern  
lagen,  
wir mieden die Blicke der Leute,  
Leute, die verbrannt, mit herabhängender Haut  
herumirrten.

Die ganze Stadt auf der Flucht,  
ein Feuermeer,  
voll mit Leichen und Gestank.  
Fluchen wollte ich, dass ich noch am Leben war.

Grossmutter sagte, sie habe im Haus etwas  
vergessen.  
Die beiden Kinder an den Händen,  
ich konnte sie nicht abhalten.  
Sie ging zurück. Die Flammen, immer höher.  
Das war das letzte Mal, dass ich Grossmutter sah.

Wir drei liefen weiter,  
aneinander geklammert, wie wahnsinnig.  
Bei der Sanjo-Brücke begegneten wir einem  
Bekanntem,  
er liess uns auf sein Boot.

Gleich füllten sich beide Ufer mit Hilfe  
suchenden Leuten  
und mit Leichen.  
Er konnte das Boot nicht mehr von der Stelle  
bewegen.

Und hatten nichts anderes zu tun als warten,  
bis das Feuer sich legte.  
Während wir das lecke Boot leerschöpften,  
gegen zehn Uhr prasselte schwarzer Regen herab.  
Am nächsten Tag  
holten wir die weissen Knochen der Grossmutter  
eingeschert.

Grossmutter starb im Teich vor dem Haus,  
wo sie Schutz von den Flammen gesucht hatte.  
Im Tempel in Kabermachi  
Gab man uns den Nachlass meines Veters.

Zwölf Leben haben wir durch die Atombombe  
verloren.

(S. 22–26)

\* Sadako starb 1955 an der Atombombenkrankheit –  
Leukämie.

## Auch in Wolgograd ertönt die Friedensglocke

Jedes Jahr am 6. August findet im Wolgograder Panoramamuseum «Schlacht von Stalingrad» eine Feier zum Gedenken an die Zivilisten der Partnerstadt Hiroshima statt, die bei den Atombombenabwürfen von 1945 ums Leben kamen. Heute, zum 75. Jahrestag eines der schrecklichsten Tage in der Geschichte der Menschheit, ertönte in der Heldenstadt erneut die Friedensglocke, die Wolgograd von der Stadt Hiroshima überreicht wurde. An der Veranstaltung nahmen der Vorsitzende der Wolgograder Stadtduma Vladlen Kolesnikov und der Vorsitzende der Wolgograder Regionalabteilung der Russischen Friedensstiftung, Ehrenbürger von Wolgograd und Hiroshima Yuri Starovatykh teil.



Die Friedensglocke im Wolgograder Panoramamuseum. (Bild Stadt Wolgograd)

Nachdem die Glocke um 8:15 Uhr dreimal geschlagen worden war – zu der Zeit, als am 6. August 1945 die Bombe auf die japanische Stadt Hiroshima abgeworfen wurde –, ehrten die Teilnehmer der Zeremonie die Erinnerung an die Opfer des Atombombenangriffs mit einer Schweigeminute. Danach wurden frische Blumen am Fusse der Glocke niedergelegt.

«Vor 75 Jahren hat die Atombombe auf Hiroshima eine ganze Stadt ausgelöscht – mit Wohngebieten, Familien, alten Menschen und Kindern. Auch Stalingrad erlebte während des Zweiten Weltkriegs den vollen Schrecken des Krieges: Unsere Stadt wurde zum Schauplatz der schwersten Schlacht in der Geschichte der Menschheit und wurde bis auf die Grundmauern zerstört. Ein tragisches Schicksal verband Wolgograd und Hiroshima und wurde im Jahr 1972 zur Grundlage für die Unterzeichnung des Abkommens

über Freundschaft und Zusammenarbeit. Seitdem wurde diese Freundschaft nicht unterbrochen, und eine der zentralen Strassen von Wolgograd ist nach Hiroshima benannt», sagte der Vorsitzende der Wolgograder Stadtduma Vladlen Kolesnikov.

Er betonte, dass Wolgograd und Hiroshima heute durch die Arbeit zum Wohle der Welt vereint sind. Wolgograd hat das Vizepräsidium der grössten internationalen Organisation «Mayors for Peace» mit Sitz in Hiroshima inne. Eines der wichtigsten gemeinsamen Projekte von Städten im Bereich der öffentlichen Diplomatie ist die Internationale Jugendkonferenz für eine friedliche Zukunft.<sup>1</sup> «Gemeinsam mit unseren Partnern aus Hiroshima und weiteren Städten sprechen wir uns gegen den Krieg aus und werden das immer tun. Wir werden alles Mögliche tun, damit neue Generatio-

nen niemals Tragödien wie die von Hiroshima und Stalingrad erleben müssen. Deshalb ertönt heute in Wolgograd wieder der Friedensalarm», sagte Yuri Starovatykh.

In diesem Jahr werden die Gedenkveranstaltungen am 6. August weltweit auf Grund der Corona-Pandemie eingeschränkt sein. Daher konnten keine Vertreter aus Hiroshima an der Gedenkfeier in Wolgograd teilnehmen. Eine Videobotschaft wird statt dessen in die japanische Partnerstadt geschickt.

Am 6. und 9. August 1945 wurden zwei Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Bei der Explosion und der anschliessenden radioaktiven Kontamination des Gebiets kamen etwa 300 000 Menschen ums Leben. Dies war der erste und letzte Einsatz von Atomwaffen in der Geschichte. Zehn Jahre später, am 6. August 1955, fand in Hiroshima die erste Weltkonferenz zum Verbot von Atomwaffen statt; die Stadt selbst ist zu einem ewigen Symbol für den Kampf gegen Massenvernichtungswaffen geworden. Der Hiroshima-Tag wird von der internationalen Gemeinschaft als Welttag für das Verbot von Atomwaffen gefeiert. Die Welt soll sich an die menschliche Tragödie erinnern und die Bemühungen der Weltgemeinschaften vereinen, überhaupt Kriege zu verhindern.

<sup>1</sup> In diesem Jahr kamen Jugendliche aus sieben Städten weltweit in einem Video-Flashmob zusammen; alle hatten einen Origami-Kranich aus Papier gefaltet als Zeichen der Verbundenheit; nach der japanischen Kultur tragen die Flügel der Kraniche die Seelen ins Paradies. (Anmerkung Zeit-Fragen)

Quelle: [www.volgsovet.ru/d1d0/Activity/PressRelease/i18126](http://www.volgsovet.ru/d1d0/Activity/PressRelease/i18126) vom 6.8.2020

(Übersetzung Stadt Wolgograd/Zeit-Fragen)